

Claus Heinrich Gattermann

Die Bundesrepublik Deutschland und der Islam

Sicherheitspolitische Herausforderungen im nationalen und globalen Kontext

Inhalt:

EINLEITUNG.....	2
1. DER ISLAM UND DIE WESTLICHE VERFASSUNGSKULTUR – EINE SPANNUNGSREICHE BEZIEHUNG.....	3
2. DIE ISLAMISCHE STAATENWELT.....	6
2.1. ZUR SITUATION IM JAHR 2008/2009.....	6
2.2. PROGNOSEN FÜR DIE ENTWICKLUNG ETWA BIS ZUM JAHR 2050	9
3. DER ISLAM IN DEUTSCHLAND.....	11
4. DER ISLAM ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SICHERHEITSPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	14
4.1. INNENPOLITIK	14
4.2. AUßEN- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK	18
<i>Abbildung 1: Entwicklung der Bevölkerungszahl in ausgewählten Staaten</i>	<i>18</i>
ZUSAMMENFASSUNG	21
ANHANG: TABELLEN	24
<i>Tabelle 1: Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung.....</i>	<i>24</i>
<i>Tabelle 2: Staaten mit starken muslimischen Minderheiten (über zehn Prozent).....</i>	<i>25</i>
LITERATUR.....	26
GEDRUCKTE WERKE.....	26
INTERNET.....	27

Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat, der im Herzen Europas eingebettet liegt in eine Staatenlandschaft friedlicher, sogar verbündeter Nachbarn. Die deutsche Verfassungsordnung schützt und fördert die religiöse Betätigung seiner Einwohner ebenso wie sie es ablehnt, bestimmte Glaubensrichtungen zu bevorzugen. Deutsche Soldaten befinden sich zwar in Auslandseinsätzen, aber sie führen dort keinen Krieg, oder wenn, wie manchmal in Übernahme des US-amerikanischen Sprachgebrauchs behauptet wird, nicht gegen einen Staat, ein Volk, eine wie auch immer fest strukturierte Gemeinschaft oder gar Religion – sondern gegen „den“ Terrorismus. Was also sollte den Islam überhaupt zum Gegenstand einer Betrachtung werden lassen, die sich mit sicherheitspolitischen Belangen Deutschlands beschäftigt? Vor allem, weil es sich um eine *Religion* handelt, also einen Aspekt menschlichen Daseins, dem die Bundesrepublik generell wohlwollend gegenübersteht?

Es ist keine Diskussion um religiöse Inhalte, wie sie das aufgeklärte und gottesferne Europa aus den Beziehungen zu seinen verschiedenen christlichen Konfessionen kennt. Es ist vielmehr die unentwirrbare Gemengelage aus Religion, Kultur und Politik, die das Stichwort Islam zu einem lohnenden Aufhänger sicherheitspolitischer Gedankengänge werden läßt. Etwa 1,4 Milliarden Menschen gelten weltweit als Muslime – das macht bei einer Gesamtbevölkerung der Erde von rund 6,75 Milliarden einen Anteil von knapp 21 Prozent aus. Schon heute ergibt allein die schiere Zahl der Muslime auf der Erde die Notwendigkeit, die Beziehungen Deutschlands zum Islam und seinen Anhängern einer Betrachtung zu unterziehen, eine Notwendigkeit, die durch aktuelle politische Prozesse noch klarer zutage tritt: Erinnerung sei an die Debatten der letzten Jahre um Migration, Integration, religiösen Extremismus, an die eben angesprochenen Auslandseinsätze der Bundeswehr, aber nicht zuletzt auch an die immer wieder aufbrechende Diskussion um den Stellenwert des nun einmal in erheblichem Maß in muslimischen Ländern gewonnenen Erdöls.

Diese Arbeit betrachtet mehrere sich zum Teil berührende Aspekte, nämlich erstens den Islam als Religion mit besonderer Berücksichtigung der für die Sicherheit Deutschlands relevanten Seiten, zweitens die Stellung der Bundesrepublik Deutschland zum Islam im Inneren und drittens die außenpolitischen Berührungspunkte. Einen Schwerpunkt bildet das Thema Sicherheit, will sagen: Die Aufrechterhaltung deutscher Staatlichkeit im Inneren und die Durchsetzung deutscher Interessen nach außen.

Diese Untersuchung beinhaltet einen (eng begrenzten) Blick in die Geschichte, eine Analyse des Ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts sowie – besonders problematisch – den Versuch, Prognosen für die Zukunft bis etwa zum Jahr 2050 zu erstellen. Die Zukunft ist schwierig zu bearbeiten, vor allem deshalb, weil, was in der Natur der Sache liegt, kein auch nur halbwegs belastbares Datenmaterial vorliegt. Vielmehr beruhen in diesem Zusammenhang alle Zahlen auf einer Fortschreibung bestimmter Parameter der Jetztzeit bzw. der näheren Vergangenheit. Als gutes Beispiel dafür können Daten zur Bevölkerungsentwicklung dienen, die etwa im Fall Deutschlands davon ausgehen, die Gesamtfruchtbarkeitsrate werde bis zum Jahr 2050 bei konstant 1,3 Kindern pro Frau liegen – eine immerhin gewagte Annahme über einen Zeitraum von gut vierzig Jahren. Ähnlich kompliziert gestaltet sich selbst die Erhebung mancher Daten zur Jetztzeit bzw. Vergangenheit. So wäre es z.B. schon interessant, zu wissen, ob sich innerhalb Deutschlands die autochthone Bevölkerung genauso entwickelt wie die aus der Türkei zugewanderte. Allerdings gibt es dazu keine veröffentlichten Daten – wichtige Grundlagen für die Entwicklung der auf dem deutschen Staatsgebiet lebenden Bevölkerung können also lediglich vermutet werden, ohne das ein Beweis erbracht werden könnte.

Ein besonderes Problem bildet der Forschungsstand – weil nämlich auch die Forschung in vieler Hinsicht unter den angesprochenen Datenmängeln leidet, vor allem aber, weil die Beschäftigung

mit sicherheitsrelevanten Aspekten des Islam oft polemisch erfolgt und manchmal Zielsetzungen gehorcht, die in größere politische Zusammenhänge eingebettet sind. Alarmismus auf der einen Seite und abwiegelndes „es ist ja gar nicht so schlimm“ auf der anderen stehen sich gegenüber, jeweils geprägt von Weltanschauungen, die auf dem Wege der Diskussion kaum zu beeinflussen sind.

1. Der Islam und die westliche Verfassungskultur – Eine spannungsreiche Beziehung

Der Islam ist ein Phänomen, das westliche Gesellschaften – vielleicht nicht in Amerika, aber jedenfalls in Europa – kaum verstehen können. Wie ist es in einer Zeit, in der die Genetik die DNA des Menschen entschlüsselt, in der Nukleartechnik zum Einsatz kommt, in der die Menschheit den Schritt in den Weltraum tut, möglich, daß ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung, eben die Muslime, sich in aller Inbrunst zu einem Gott bekennt und aus einem Buch aus dem siebten Jahrhundert Gesetze für das heute Leben gewinnt?

Es ist genau dieses Bekenntnis zu Allah und seinem Propheten Mohammed, das den Dialog zwischen Deutschland und dem Islam so schwer macht. Auf der einen Seite stehen entchristlichte Deutsche der Mehrheitsgesellschaft, deren Kirchen Mühe haben zu definieren, was denn überhaupt christlich sei, und die den Bogen manchmal soweit schlagen, daß vom eigenen, doch eigentlich durch Bibel und Theologie facettenreich herausgearbeiteten Gottesbild nicht viel mehr übrig bleibt als die Existenz eines höheren Wesens – wenn überhaupt. Die Religion wird in diesem Zusammenhang zu einer philosophischen Grundlage von vielen, der Alltag dagegen und auch die Politik im Größeren werden geprägt von einem Verfassungsbild und einem sozialen Regelwerk, die Platz lassen für jede erdenkliche Form der Selbstverwirklichung von Individuen und Gruppen – mit einer Ausnahme: Außerhalb des in Deutschland und Europa tolerablen Bereiches bleibt das wohlwollende Anknüpfen an die eigene Geschichte als Ordnungsmuster, also etwa die offensive Besinnung auf die eigene Nation oder auch die eigene, traditionelle (christliche) Religion, und zwar aus gutem Grund: Dieses Zurückgehen würde, praktizierte es eine größere Gruppe der Bevölkerung, die politische und soziale Kultur total verändern und zum Zusammenbruch des momentanen, pluralistischen Systems führen.

Ein solches Maß an Freiheit für Einzelne und Gruppen kann es, das ist eben bereits angekommen, nur dann geben, wenn Regierung und Gesellschaft Kompromisse leben, wenn also allgemein akzeptiert wird, daß die jeweils eigene Meinung und Weltsicht wohl subjektiv richtig sein mag, auf keinen Fall aber Anspruch auf exklusiven Besitz der Wahrheit beinhaltet. Es entsteht ein „leben und leben lassen“, mit anderen Worten, eine pluralistische Gesellschaft, die sich demokratisch organisiert und Toleranz zum Grundwert erhebt.

Eine ganz andere Form staatlicher und gesellschaftlicher Organisation entsteht, wenn erhebliche Gruppierungen innerhalb des Gemeinwesens, womöglich sogar die herrschende Schicht, Anspruch darauf erheben, exklusiv im Besitz von Wahrheit, Welterkenntnis und Moral zu sein. Eine pluralistische und demokratische Gesellschaft ist dann nicht mehr zu verwirklichen – oder, im Fall relevanter Minderheiten, jedenfalls nicht mehr überall (in allen Gruppen der Bevölkerung oder auf allen Teilen des Staatsgebiets) durchsetzbar.

Der Islam als funktionierende und nicht durch einen langen Prozeß von Aufklärung und Verwissenschaftlichung relativierte Religion bildet eine solche soziale und weltanschauliche Entität, die sich kraft göttlicher Legitimation im Besitz einer alle Lebensbereiche bestimmenden Wahrheit glaubt. Zwar ist innerhalb der muslimischen Welt durchaus umstritten, wie diese Wahrheit zu verstehen und auszulegen ist, man denke in diesem Zusammenhang nur an die Trennung zwischen Sunniten und Schiiten, an die unterschiedlichen Rechtsschulen und ebenso an die ethni-

sche und kulturelle Dimension, die voneinander abweichende Ausprägungen des Islam hervorbringt. Allgemein jedoch einigen sich all diese Strömungen auf einen gewissen Wertekanon – wer davon zu stark abweicht, wie etwa die Aleviten, wird von der Masse der sunnitischen und schiitischen Gläubigen aus der islamischen Weltgemeinschaft, der Umma, ausgeschlossen.

Nun ist es weniger der religiöse Kernbereich (Monotheismus, Prophetenschaft Mohammeds, fünf Säulen des Islam¹), der für Konflikte innerhalb des Islam, vor allem aber mit der nicht-islamischen Umwelt sorgt. Vielmehr ist es die Umsetzung einer Fülle weiterer islamischer Normen, die von der überwältigenden Zahl der gläubigen Muslime gefordert wird und die das Verhältnis zu nicht-islamischen Bevölkerungen und Akteuren belastet.

Diese Normen basieren auf dem Koran und der außer-koranischen Überlieferung zu Mohammed und einigen frühen Kalifen.² Sie entstanden wesentlich zwischen dem siebenten und dem neunten Jahrhundert, werden zusammengefaßt unter dem Begriff Scharia und erhalten ihre Verbindlichkeit durch den koranischen Grundsatz „gebieten, was recht ist, und verbieten, was verwerflich ist“. Die genaue Auslegung und Anpassung an konkrete Lebenssituationen erfolgt durch muslimische Rechtsgelehrte oder –schulen, die auf diesem Weg freilich eine erhebliche Bandbreite innerhalb des weltweit praktizierten islamischen Rechts geschaffen haben.

In der Beziehung zum Westen und damit auch zu Deutschland sind es immer wieder bestimmte Inhalte der Scharia bzw. des islamischen Weltverständnisses, die für Spannungen und gegenseitiges Nicht-Verstehen sorgen. Sie lassen sich in drei Komplexen zusammenfassen:

1. Das *Verständnis der Menschenrechte*. Der Westen hat ein auf das Individuum konzentriertes Verständnis von Rechten entwickelt, von Rechten, die den Menschen kraft ihres Menschseins zukommen.³ Nach vorherrschender islamischer Auffassung dagegen basieren Menschenrechte ausschließlich auf der Scharia, mit anderen Worten, sie beruhen auf göttlichem Gesetz, sind göttliches Gebot.⁴ Demnach kommt dem Islam eine herausgehobene Stellung in der Welt zu, Normen wie Religions- und Meinungsfreiheit gelten nur, soweit sie dem Islam dienen und zu seiner Verbreitung beitragen, das Verhältnis zwischen Mann und Frau ist kein gleichberechtigtes – die Liste der von der westlichen Auffassung abweichenden Punkte ließe sich noch weiter fortsetzen. Träger der Menschenrechte sind in vollem Umfang nur Muslime in ihrer Eigenschaft als gläubige Anhänger Allahs, nicht aber alle Menschen als Individuen.⁵
2. Die Frage der *Religionsfreiheit*. Während nach westlichem und auch deutschem Verständnis Religionsfreiheit dem Individuum die Möglichkeit einräumt, seinen Glauben frei zu wählen und gegebenenfalls auch zu wechseln oder aufzugeben, geht die islamische Lehre davon aus, Religionsfreiheit betreffe ausschließlich die Freiheit der Muslime, ihre Religion zu praktizieren und zu verbreiten. Ein Ausscheiden von Individuen aus der Umma durch Übertritt zu einer anderen Glaubensgemeinschaft ist nicht vorgesehen und wird mit erheblichen Sanktionen bedacht.⁶ Mission ist nur den Muslimen erlaubt, nicht aber kon-

¹ Glaubensbekenntnis, Gebet, Almosen, Fasten, Pilgerfahrt.

² Zur Scharia vgl. die Aufsätze von Werner Ende (Gerechtigkeit als politisches Prinzip im Islam) und Birgit Krawietz (Gerechtigkeit als Leitidee im islamischen Recht), beide in: Krawietz, Birgit und Helmut Reifeld (Hg.), Islam und Rechtsstaat – Zwischen Scharia und Säkularisierung, St. Augustin/Berlin 2008, S. 19-52.

³ Zusammengefaßt etwa in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 (<http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm>).

⁴ Zusammengefaßt wurde das islamische Verständnis von Menschenrechten auf der Kairoer Konferenz der Islamischen Konferenz im Jahr 1990. Sie genoss die Unterstützung von nicht weniger als 45 Außenministern muslimischer Staaten (Text in deutscher Sprache: <http://www.soziales.fh-dortmund.de/Berger/Forschung/islam/Kairoer%20Erkl%C3%A4rung%20der%20OIC.pdf>).

⁵ Zum Islam im muslimischen Familienleben vgl. Breuer, Rita, Familienleben im Islam – Traditionen, Konflikte, Vorurteile, überarbeitete Neuauflage Freiburg/Basel/Wien 2008.

⁶ Im Extremfall mit der Todesstrafe (vgl. NZZ am Sonntag vom 26.02.2006, <http://www.nzz.ch/2006/02/26/il/articleDM3ZP.html>).

kurrierenden Religionen. Leben in einem muslimisch beherrschten Staat oder Gemeinwesen mehrere Religionsgemeinschaften zusammen, gelten volle Rechte zur Praktizierung des Glaubens nur für den Islam – Christentum, Judentum und Zoroastrismus (Schriftreligionen) werden in die Position von minderberechtigten Schutzbefohlenen gedrängt, deren Stellung darauf ausgerichtet ist, ihre Stärkung zu vermeiden und auf lange Sicht ihr Aufgehen im Islam herbeizuführen.

3. Die *Beziehung zwischen Staat und Religion*. In der westlichen Welt hat sich, selbst wenn einzelne Länder noch über bevorrechtigte Staatskirchen verfügen, im Verfassungsrecht und vor allem in der Verfassungswirklichkeit eine fast vollständige Trennung zwischen Staat und Religion durchgesetzt – so daß Regierung und Administration keine Glaubensrichtung bevorzugen dürfen. Im Islam ist das anders: Hier bildet die Regierung den Garant für die Durchsetzung islamischer Normen, Staat und Islam bilden also optimalerweise eine Einheit. In der Umma hat der Begriff „Staatsreligion“ folglich eine erheblich umfassendere und verpflichtendere Bedeutung als in Europa der Terminus „Staatskirche“.

Die genannten Charakteristika des Islam werden keineswegs nur von Fundamentalisten und Islamisten vertreten – sie sind Konsens in weiten Teilen der islamischen Welt, auch wenn einzelne Dissidenten oder weltliche Muslime gelegentlich abweichende Auffassungen propagieren. Aus muslimischer Sicht läßt sich die Beziehung zur nicht-islamischen Welt auch mit Begriffen von Krieg und Frieden umschreiben: So gilt der Bereich der Welt, in dem sich der Islam als dominierende Religion durchgesetzt hat, als „Gebiet des Islam“ („Dar al-Islam“) oder auch „Gebiet des Friedens“, während die übrige Welt als „Gebiet des Krieges“ bezeichnet wird, wobei gelegentlich eine Zwischenform („Gebiet des Vertrages“ oder „Gebiet mit Sicherheitsgarantie“) eingeschoben wird, um die Auswanderung (bzw. den Verbleib) muslimischer Bevölkerungen unter nicht-muslimische Herrschaft zu rechtfertigen (was eigentlich im Koran und nach den Überlieferungen zu Mohammed nicht vorgesehen ist: Demnach dürfen Muslime nur in muslimischen Gemeinwesen leben – aus allen anderen müssen sie entweder auswandern oder aber dort die Herrschaft erringen).⁷ Besonders schwierig ist nach islamischer Vorstellung die Situation, wenn muslimische Bevölkerungsteile außerhalb des Dar al-Islam verfolgt oder in ihrer religiösen Entfaltung behindert werden: In diesem Fall sind auch Täuschung und Verstellung erlaubt, um die gegnerische Staatsmacht bzw. Gesellschaft irrezuführen und den Muslimen ein Weiterbestehen zu ermöglichen – eine Facette im Umgang des Islam mit anderen Religionen, die im interreligiösen und politischen Dialog immer wieder für Irritationen sorgt.

Insgesamt stehen also eine Reihe von Inhalten des Islam mit den Gebräuchen und Werten europäisch-aufgeklärter Gesellschaften in einem kaum auflösbaren Widerspruch. Das zeigt sich auch in der momentanen politischen Wirklichkeit: Kein einziger Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung ist in Form einer pluralistischen Demokratie organisiert – nicht einmal die Türkei, die zwar (wie auch einige andere Staaten) freie Wahlen kennt, aber eben auch die Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten, und deren Westorientierung durch eine relativ kleine, nicht zuletzt auf das Militär gestützte kemalistische Elite erzwungen wird. Der Beweis, daß Islam und westliche Verfassungskultur, sprich pluralistische Demokratie, auch dann vereinbar sind, wenn die Muslime in bestimmten Landesteilen oder auch im gesamten Staat die überwältigende Mehrheit stellen, konnte in der Geschichte noch nicht erbracht werden, obwohl sich eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Völker und Kulturen mit zum Teil stark voneinander abweichenden kulturellen und politischen Traditionen zur Umma zählen.

⁷ Zu den Auslegungen über die Bedeutung dieser völker- und religionsrechtlichen Praxis vgl. Khalil, Ahmed, Dar Al-Islam and Dar Al-Harb. Its Definition and Significance (<http://english.islamway.com/bindex.php?section=article&id=211>).

2. Die islamische Staatenwelt

2.1. Zur Situation im Jahr 2008/2009

Wie ein breites Band grenzt eine lange Kette mehrheitlich muslimischer Staaten an den Süden und Südosten Europas – von West- und Nordafrika bis über die arabische Halbinsel, die Türkei, den gesamten Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentralasien. Andere regionale Schwerpunkte des Islam liegen in Ostasien und Indonesien, in Ostafrika (Somalia) sowie in Südosteuropa. Insgesamt verfügen heute 47 Staaten der Welt über eine muslimische Bevölkerungsmehrheit, und in 18 weiteren Ländern bilden die Anhänger Mohammeds eine Minderheit, die mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ausmacht (vgl. die Tabellen im Anhang). In allen dieser 65 Staaten ist der Islam in Ausbreitung oder Konsolidierung begriffen, und zwar auf verschiedene Weise:

- In den bereits stark muslimisch geprägten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, Nordafrikas, in der Türkei sowie in Indonesien ist eine Rückbesinnung auf islamische Werte, gewissermaßen ein innerer Ausbau, zu verzeichnen. Bei aller (zum Teil durch die Globalisierung bedingten) wirtschaftlichen und technologischen Modernisierung führt das auf kulturellem, religiösem und oft auch juristischem Gebiet zur Zurückdrängung von als nicht-islamisch empfundenen Parametern der Gesellschaft – sichtbar am Ausgreifen der Scharia, aber auch an dem Druck, der auf anderen Religionsgemeinschaften und auf weltlich bzw. westlich lebenden Muslimen lastet.
- Muslimische Gesellschaften, in denen die Religionsausübung lange Zeit erschwert war (also vor allem in den einst sozialistischen Staaten der GUS, aber auch im Nahen und Mittleren Osten), neigen dazu, sich wieder auf Werte des Islam zu stützen – und zwar zumindest teilweise auf solche Werte, die in der lokalen muslimischen Kultur geschichtlich eher weniger verwurzelt waren. Die neue muslimische Ethik ist in vielen Fällen eine importierte, eine, die als „wirklich“ muslimisch verstanden wird (im Gegensatz zu den oft Jahrhunderte zuvor entstandenen lokalen Interpretationen des Islam).
- In afrikanischen, zum Teil auch asiatischen Staaten gelingt es den Muslimen, ihre Basis durch Mission zu verbreitern – weniger gegenüber Christentum und Hinduismus, mit Macht aber gegenüber animistischen Naturreligionen.
- In Europa und Rußland wirkt die muslimische Mission bislang weniger. Hier sind es vor allem demographische Faktoren, die zur Erhöhung des Anteils der muslimischen Bevölkerung beitragen, manchmal gepaart mit Migrationsbewegungen.

Mehrheitlich muslimische Gesellschaften, aber auch muslimische Minderheiten zeichnen sich in nahezu allen Fällen durch ein vergleichsweise hohes Bevölkerungswachstum aus – zumindest dann, wenn als Maßstab die Reproduktionsrate (nicht-muslimischer) europäischer Staaten gewählt wird. Das wiederum führt in nahezu allen in Frage kommenden Staaten und Minderheiten zu einem Überschuss an jugendlicher Bevölkerung – an jugendlicher Bevölkerung, die wirtschaftlich, kulturell und familiär versorgt sein will, die aber außerdem noch begeisterungsfähig ist für religiöse und politische Bewegungen – und die sich in diesem Zusammenhang nicht immer so abwägend und kompromißbereit verhält wie eine alternde Bevölkerung.

Hinsichtlich der politischen Organisationsform bilden die meisten mehrheitlich muslimischen Staaten formell Demokratien, in denen die Regierung durch das Volk gewählt wird. Gleichwohl ist kaum einer dieser Staaten als pluralistisch und in religiösem bzw. kulturellem Sinn als tolerant zu bezeichnen – jedenfalls nicht in der Weise, die das aufgeklärte Europa als erstrebenswert er-

achtet. Dabei ist vor allem hervorzuheben, daß religiöse (allerdings eben nicht politische) Toleranz im Regelfall von Regimen praktiziert wird, die nach euro-atlantischem Maßstab eher als diktatorisch zu bezeichnen sind oder waren: So in Syrien und einigen post-sozialistischen Staaten der GUS, vor einigen Jahren aber auch noch im Irak und in der Türkei. Im Rahmen der allgemein zu verzeichnenden Selbstfindung des Islam führt eine von außen erzwungene Demokratisierung von Staaten, wie momentan etwa im Irak, aber auch in Palästina, meist durchaus nicht zu einer pluralistischen, im europäischen Sinn toleranten Gesellschaft, sondern lediglich zum Vormarsch des Islam – was übrigens auch für die Türkei gilt.

Nahezu alle mehrheitlich muslimischen Staaten und die Masse der muslimischen Minderheiten basieren in Bezug auf ihre interne Struktur nicht auf einer Vielzahl von Individuen. Vielmehr sind zwischen die Organisationsebene des Staates und die Einzelperson starke Zwischeninstanzen eingebettet – die Familie, der Clan, der Stamm. Diese Zwischeninstanzen erschweren dem jeweiligen Zentralstaat die Durchsetzung als un-islamisch empfundener Gesetze, Verordnungen und Verträge ganz enorm, und sie sorgen dafür, daß eine gewisse Zwiespältigkeit entstehen kann: Wenn sich nämlich einerseits staatliche oder auch religiöse Institutionen im Dialog mit dem Westen auf bestimmte Standards an Menschenrechten einigen, andererseits aber die faktische Umsetzung derselben vor Ort und in concreto unterbleibt.

In wirtschaftlicher Hinsicht gehören manche muslimische Staaten der Dritten Welt an, sind also ökonomisch relativ schwach. Andererseits verfügen eine Reihe islamisch dominierter Länder über wichtige Rohstoffe, die ihnen den Zugang zur Weltwirtschaft und erhebliche Einnahmen verschaffen. Zu nennen sind hier insbesondere Erdöl und Erdgas, die für zahlreiche muslimische Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, der GUS, aber auch Ostasiens die Grundlage jeglicher international beachteter Existenz bilden.

Außenpolitisch verfolgen die meisten muslimischen Staaten eine eher zurückhaltende Strategie, zumindest was die Formulierung und Durchsetzung weltweiter oder überregionaler Interessen betrifft.⁸ Außenpolitik dient im Regelfall

- erstens der Absicherung des eigenen Staatswesens und der Bewahrung bestehender Grenzen gegenüber unmittelbaren Nachbarn,
- zweitens als Instrument zur Ablenkung innerstaatlicher Probleme, etwa dann, wenn islamische oder auch arabische Solidarität gegenüber dem Erzfeind Israel bekundet wird,
- und drittens natürlich zur Durchsetzung wirtschaftlicher und kulturell-religiöser Interessen, etwa im Rahmen inter- und multinationaler Organisationen.

Eine Sonderposition nehmen Staaten ein, die sich für dem eigenen Staatsvolk angehörende Minderheiten im Ausland verantwortlich fühlen und gegenüber den Gastländern versuchen, zum Sprachrohr der Minderheit zu werden oder jedenfalls einen gewissen Schutz durchzusetzen.

Die Zahl der muslimischen Staaten, die eine über die eigene Region und Nachbarschaft hinausreichende Außenpolitik betreiben, ist sehr gering. Letztlich handelt es sich nur um Saudi-Arabien, den Iran sowie die Türkei – also Länder, die aus historischen und/oder religiösen Gründen eine herausgehobene Bedeutung für die islamische Staatenwelt besitzen.

Saudi-Arabien begreift sich als Hüter der heiligen Stätten des Islam und gleichzeitig als Wahrer und Verbreiter eines als ursprünglich und unverfälscht angesehenen islamischen Systems.⁹ Gepaart mit den durch die Ölförderung gewonnenen wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen

⁸ Einen zusammenfassenden Überblick über die Außenpolitiken zahlreicher muslimischer Staaten bietet Gieler, Wolfgang (Hg.), Außenpolitik in Konfliktregionen: Der Nahe und Mittlere Osten, Berlin 2006.

⁹ Zu Geschichte und Gedankenwelt des Wahabismus in Saudi-Arabien vgl. u.a. Brunold, Georg, Kampf gegen das Fremde, in: Die Zeit 2001 Nr. 47 (http://www.zeit.de/2001/47/200147_wahabismus-kaste.xml?page=1).

cen und einem religiös-absolutistischen Regierungssystem setzt das einen Großteil der arabischen Halbinsel beherrschende Land eine Vielzahl an Kräften frei, die weit über die eigenen Grenzen hinaus zur Förderung des Islam zum Einsatz kommen. Dabei ist es durchaus nicht immer der Staat, der in diesem Zusammenhang die Initiative ergreift: Das saudi-arabische System basiert letztlich auf der politischen Entmachtung der gesamten traditionellen (weltlichen) Führungsschicht zugunsten des Königs, ein Prozeß, der sich aber eben nur auf die Teilhabe an der staatsführenden politischen Macht bezog und bezieht. Die einstige, nun politisch entmachtete Führungsschicht – Prinzen des Königshauses ebenso wie Scheichs und Stammesführer – bleibt beteiligt an den finanziellen Erfolgen des Landes, also am Handel mit Öl und Gas. Folglich gibt es in Saudi-Arabien eine Fülle von Personen und Familien, die über ein immenses Kapital verfügen, über ein Kapital, daß eingesetzt werden kann zum Kauf von Schlössern in Frankreich, zum Unterhalt ganzer Flotten von Luxuslimousinen, für kostspielige Yachten – aber eben auch zur Unterstützung muslimischer Anliegen. Ein extremes Beispiel mag in diesem Fall Osama bin Laden sein, der aus einer wirtschaftlich überaus potenten Familie Arabiens stammt und sich dem heiligen Krieg gegen die aus seiner Sicht Ungläubigen verschrieben hat. Die Diskrepanz zwischen politischer Stärke (auf Seiten des Königtums) und finanzieller Potenz (auf Seiten von Adel und Stammesführern) erklärt auch die manchmal ambivalente saudi-arabische Außenpolitik: Während der König und seine Regierung am Erhalt des Systems und an der Bewahrung seiner wirtschaftlichen Grundlagen arbeiten, etwa durch eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, sind die politisch entmachteten reichen Eliten in der Lage, ohne Rücksicht auf bi- und multilaterale Beziehungen auch religiöse, eigentlich gegen die Staatsraison verstoßende Projekte zu verfolgen.¹⁰

Der Iran befindet sich in der islamischen Welt in einer Außenseiterposition, und zwar vor allem deshalb, weil er der einzige bedeutende Staat ist, in dem die Schia als Staatsreligion gepflegt wird. Allein daraus ergibt sich für den Iran eine Pflicht, andere schiitische Gruppierungen, etwa im Libanon oder im Irak, zu unterstützen – einerseits in der Frontstellung gegen den in der islamischen Welt überwiegenden sunnitischen Islam, andererseits aber auch gegen Nicht-Muslime. Allerdings ist die Schia nicht der einzige Grund, der den Iran zum einem überregional, ja vielleicht weltweit handelnden Akteur werden läßt. Ein zweiter Punkt ist das Selbstverständnis des iranischen Systems – das sich als eine der wenigen wirklich islamischen Staatsordnungen weltweit begreift und somit seit der Revolution von 1979 eine Verantwortung für die Religion Mohameds trägt wie kaum ein anderer Staat. Drittens kommt hinzu, daß der Iran auf eine durchaus imperiale Geschichte zurückblicken kann, was sich in politischer Kultur und Selbstbewusstsein niederschlägt. Und viertens ist eine, allerdings auf die nähere Umgebung beschränkte, ethnische Komponente nicht zu vernachlässigen, also die Verbundenheit mit anderen, den Iranern verwandten Völkern, etwa in Aserbeidschan und Afghanistan, aber auch im Irak.

Die Türkei als dritter international aktiver muslimischer Staat ähnelt in manchen Belangen dem Iran, so in seiner Geschichte (als einstiges Großreich), aber auch hinsichtlich seiner ethnischen und/oder historischen Verbundenheit mit außerhalb der eigenen Grenzen wohnenden Völkern (auf dem Balkan und im asiatischen Raum). Andererseits nimmt die Türkei auch eine Sonderstellung in der islamischen Welt ein, erstens durch die Tatsache, daß das Land eine zumindest in Grenzen funktionierende Demokratie bildet, zweitens durch die enge institutionelle Verbundenheit mit Europa und den Vereinigten Staaten (durch die NATO), eine Verbundenheit, die zukünftig noch durch die Mitgliedschaft in der EU verstärkt werden soll.

¹⁰ Zur saudi-arabischen Außenpolitik insgesamt: Ataman, Muhittin, Saudi-Arabien, in: Gieler, Wolfgang (Hg.), Außenpolitik in Konfliktregionen: Der Nahe und Mittlere Osten, Berlin 2006, S. 141-149.

Ein erhebliches Problem für die meisten muslimischen Staaten bildet, das ist schon angeklungen, die Diskrepanz zwischen dem (außenpolitischen) Handeln des jeweils eigenen Regimes und der manchmal durch die Medien, meist aber eher informell zum Ausdruck gebrachten Volksmeinung. Protagonisten westlicher Kultur und Lebensart, aber auch der politischen Verbindung mit Europa oder Amerika haben es schwer, in dieser Hinsicht zu wirken. Deshalb sind zahlreiche Regierungen muslimischer Staaten einer latenten Bedrohung ausgesetzt, nämlich der Gefahr, durch islamistische, von mehr oder weniger breiten Massen des Staatsvolks zumindest mit Sympathie betrachtete Gruppierungen angegriffen oder gar gestürzt zu werden – ein Grund dafür, daß die Verwirklichung rechtsstaatlicher Prinzipien in der muslimischen Welt weit hinter dem europäischen Standard hinterherhinkt. Das wiederum zwingt die besagten Regierungen zuweilen in Frontstellungen, die außenpolitisch eigentlich nicht erwünscht sind und die auch nicht der Staatsraison des jeweiligen Regimes entsprechen, also zum Beispiel zu einem in Einzelfällen dezidiert anti-westlichen Kurs.

Obwohl der Islam als religiöses Fundament der muslimischen Welt von der Theorie her der Umma Frieden sichern sollte, ist als Kontinuum der Geschichte islamischer Staaten gleichwohl vor allem die Existenz von Konkurrenz, Konflikt und Krieg zwischen den verschiedenen Regimen zu erkennen, ein Kontinuum, das auch heute die Beziehungen vieler muslimischer Staaten zu ihren oft ebenfalls muslimischen Nachbarn prägt. Nicht umsonst ist es, vielleicht abgesehen von den Vereinigten Arabischen Emiraten, nirgendwo dauerhaft gelungen, ethnische Spannungen oder auch solche zwischen den verschiedenen staatbeherrschenden Eliten wirklich aufzulösen. Das scheint lediglich unterhalb der staatlichen Ebene möglich zu sein, nämlich im sich in den letzten Jahrzehnten entwickelten islamistischen Fundamentalismus, der es schafft, Gläubige ganz unterschiedlicher Provenienz zu vereinigen und andere Aspekte des menschlichen Selbstbewußtseins, wie etwa die ethnische oder nationale Herkunft, in den Hintergrund drängt, der aber auch nicht dem Zwang unterliegt, geschlossene Gebiete zu regieren und Volkswirtschaften zu organisieren. In den wenigen Fällen, in denen islamistische Organisationen staatliche Herrschaftssysteme komplett übernahmen (Iran, Sudan), stellten sich alsbald alte Frontstellungen zu den Nachbarn wieder ein.

2.2. Prognosen für die Entwicklung etwa bis zum Jahr 2050

Erfahrungen aus der Vergangenheit ebenso wie die Analyse des heutigen Zustands erlauben eine wenn auch mit vielen Fragezeichen behaftete Prognose zur Entwicklung der islamischen Welt. In diesem Zusammenhang kristallisieren sich mehrere Parameter heraus, die von herausgehobener Bedeutung für das muslimische Staatensystem sind:

1. das *Bevölkerungswachstum*. Alle von der Forschung bereitgestellten Szenarien gehen von einer erheblichen Erhöhung der Bevölkerungszahl der muslimischen Staatenwelt aus (wobei alle muslimischen Staaten betroffen sind). Das schließt für nahezu alle betroffenen Länder einen erheblichen Überschuß an jugendlicher und junger Bevölkerung ein.
2. der *Klimawandel*. Betroffen sind nahezu alle muslimischen Länder, und zwar in einem zum Teil existenzbedrohenden Ausmaß. Die Erderwärmung führt in dem an Europa angrenzenden, ohnehin trockenen muslimischen Staatengürtel zu verstärkter Wasserknappheit – ein Phänomen, daß sich noch weiter ausweiten dürfte angesichts der Bevölkerungszunahme. In den südostasiatischen muslimischen Staaten wird darüber hinaus noch eine Bedrohung durch den Anstieg des Meeresspiegels hinzukommen.¹¹

¹¹ Zu den nach dem momentanen Stand der Forschung zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels vgl. den vierten Sachstandsbericht der VN-Arbeitsgruppe für Klimaveränderungen, auszugsweise veröffentlicht in: http://www.bmu.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/ipcc/doc/39274.php (zuletzt aufgerufen am 15.01.2009).

3. die *Globalisierung*. Wirtschaftlicher, aber auch kultureller Austausch zwischen Ländern und Regionen wird auch zukünftig weiter zunehmen. Das beinhaltet einerseits einen fortgesetzten, wahrscheinlich steigenden Druck westlicher Kultur auf traditionelle bzw. konservative islamische Gemeinschaften, dem diese angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Rohstoffexport nicht ausweichen können. Andererseits wird die fortschreitende Vernetzung durch Kommunikationsmittel und Medien in der islamischen Welt selbst die von Saudi-Arabien und dem Iran, aber auch Pakistan ausgehende Selbstfindung und Radikalisierung der Muslime verstärken, mit der Folge, daß lokale und regionale andere Lesarten des Islam weiter in die Defensive geraten – eventuell bis zu ihrer Auflösung.
4. die *Expansion des Islam*. Zwar ist sehr fraglich, ob zu der Liste von 47 mehrheitlich muslimischen Staaten noch weitere hinzukommen (denkbar wären etwa Nigeria und Äthiopien, vor allem aber Kasachstan). Unterhalb der Ebene international anerkannter Staaten dürfte der Islam jedoch durch das Aufwachsen von Minderheiten und die weitere Konsolidierung von Mehrheiten eine beträchtliche Stärkung erfahren, wobei mehrere Faktoren dafür ausschlaggebend sein werden: Migrationsbewegungen, die höhere Fertilität muslimischer Bevölkerungsgruppen und der mit der Ausbreitung des Wahabismus verbundene vergrößerte Druck auf nicht-muslimische Teile der Einwohnerschaft. So dürften in den mehrheitlich muslimischen Staaten autochthone christliche oder jedenfalls nicht-islamische Minderheiten vermutlich stark zusammenschmelzen (entweder durch Konversion zum Islam, durch Verfolgung und Tötung oder aber durch Emigration), zumindest aber in der Ausübung ihres Glaubens noch weiter eingeschränkt werden als bisher. Muslimische Minderheiten werden in zahlreichen Staaten (in Europa und Rußland, aber auch in einigen afrikanischen Ländern) durch ihr Anwachsen bislang gültige Verfassungs- und Herrschaftsordnungen zu ihren Gunsten verändern, unter Umständen auch Teile des jeweiligen Staatsterritoriums dem Einfluß nicht-muslimischer Staatlichkeit ganz oder teilweise entziehen.
5. das *Fortbestehen latenter Krisen*. So ist zu erwarten, daß der bereits Jahrzehnte andauernde Konflikt zwischen Israel und der arabisch-islamischen Welt auch weiterhin weite Teile der muslimischen Weltbevölkerung polarisieren dürfte. Gleiches gilt für die seit einigen Jahren verschärfte Auseinandersetzung um Ethik und Religion, der das Verhältnis zwischen dem Islam und der sogenannten westlichen Welt so kompliziert macht. Ein häufig wenig berücksichtigter Aspekt von Krisen ist dagegen das Ringen um den richtigen Weg, das den Islam selbst in verschiedene Lager teilt – eine Teilung, die auch in Zukunft verhindern wird, daß die muslimischen Staaten und Gemeinschaften zu einer Einheit finden und oft blutige Konflikte zur Folge hat.

Diese fünf Punkte fassen eine weitgehend pessimistische Grundhaltung weiter Teile von Presse und Forschung zusammen – pessimistisch in so weit, als die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenleben zwischen westlicher und muslimischer Welt als wünschenswertes Ziel betrachtet wird. Demgegenüber existiert allerdings auch eine Gegenmeinung, die dem Islam einerseits viele der die westliche Kultur bedrohenden Eigenschaften abspricht und andererseits in der muslimischen Staatenwelt selbst Ansätze zu einer Art Aufklärung zu erkennen vermeint.¹² Solche optimistischen Tendenzen betonen z.B. das Stattfinden einer demographischen Wende auch in der muslimischen Staatengemeinschaft und Bevölkerung¹³, einer Wende, die – hervorgerufen durch (Frauen-)Bildung – zum nachhaltigen Zusammenschmelzen der Bevölkerungsüberschüsse und damit auch eines Teils des Konfliktpotentials zwischen Westen und Islam führen würde. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die dort ausgemachten Entwicklungen lediglich eine Verlang-

¹² So u.a. Courbage, Youssef und Emmanuel Todd, Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern, München 2008.

¹³ Vgl. ebd. S. 89.

samung der weiter oben geschilderten Prozesse bewirken und die gesamte Sichtweise dieses Forschungsansatzes eher einem Wunschenken denn einer realistischen Analyse entspricht.

3. Der Islam in Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts den Zuzug sogenannter Gastarbeiter. Ein Teil dieser Gastarbeiter stammte aus muslimischen Ländern bzw. Gebieten, so aus Bosnien (damals Teil Jugoslawiens), Marokko, Tunesien und – zahlenmäßig am wichtigsten – aus der Türkei. Die Arbeitskräfte aus dem Ausland waren in der bundesdeutschen Wirtschaft hoch geschätzt für die Verrichtung einfacher Arbeitsprozesse, zu denen deutsche Arbeiter seit etwa 1960 angesichts einer Vollbeschäftigung nicht in ausreichender Zahl mehr zur Verfügung standen. Andererseits darf die Einreise von Gastarbeitern, gestützt auf Entsendeverträge, nicht als Initiative der deutschen Wirtschaft oder Arbeitsmarktpolitik mißverstanden werden. Vielmehr handelte es sich zuvorderst um einen von den Entsendestaaten ausgehenden Prozeß, die sich von ihren nunmehr in Deutschland arbeitenden Staatsbürgern wirtschaftliche Vorteile und damit einhergehend die Lösung innerer Probleme erhofften. Mit anderen Worten: Zumindest in der Anfangsphase bildete die Aufnahme von Gastarbeitern ein Instrument deutscher Außenpolitik, gerichtet auf Stärkung und Stabilisierung von Verbündeten (Türkei, Portugal, Italien, Griechenland) oder als strategisch interessant empfundenen Staaten (Spanien, Jugoslawien, Marokko, Tunesien, Südkorea, Philippinen).¹⁴

In den ersten Jahren wurde die neue Existenz von zahlreichen Menschen nicht-deutscher Kultur und nicht-christlichen Glaubens nicht als Herausforderung begriffen, weil sowohl die deutsche politische Öffentlichkeit als auch die Gastarbeiter selbst davon ausgingen, sie würden nach Ablauf der Verträge in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren – selbst dann noch, als sich im Verlauf der sechziger und spätestens der siebziger Jahre herausstellte, daß erstens das zunächst angedachte Rotationsprinzip bei der Arbeiteranwerbung nicht umgesetzt werden würde und zweitens den nunmehr in Deutschland arbeitenden Ausländern die Möglichkeit des Familiennachzuges eingeräumt wurde. Die Schwierigkeiten, sich dem Thema Zuwanderung zu nähern, werden allein daran deutlich, daß die gesellschaftliche und politische Diskussion darum bislang nicht einmal einen Begriff entwickeln konnte, unter dem die zu betrachtenden Gruppen zu subsumieren wären.¹⁵

Allerdings scheint sich spätestens seit 2001 ein allgemeiner Trend herauszubilden, die langfristige Einwanderung nach Deutschland als Phänomen anzuerkennen und verstärkt Überlegungen zur Beziehung zwischen den Zuwanderern, ihren Nachkommen und der alteingesessenen, autochthonen deutschen Bevölkerung anzustellen. Dabei ist bemerkenswert, daß die Debatte weitgehend fokussiert ist auf die Muslime in Deutschland – obwohl diese 2006 von insgesamt 15,1 Millionen „Personen mit Migrationshintergrund“¹⁶ lediglich einen Anteil von 3,1¹⁷ bis 3,5¹⁸ Millionen stellen. Die vergleichbare Betrachtung anderer Zuwanderergruppen, aber auch generell

¹⁴ Zum außenpolitischen Hintergrund der Gastarbeiteranwerbung vgl. den neuen Forschungsansatz von Knortz, Heike, *Diplomatische Tauschgeschäfte. Gastarbeiter in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973*, Köln 2008.

¹⁵ Die verschiedenen Ansätze (etwa „Ausländer“, „Deutsche ausländischer Herkunft“, „Personen mit Migrationshintergrund“) treffen alle nur sehr bedingt den Kern des Problems. Die ZEIT hat deshalb eine Kategorie „gefühlte Ausländer“ in die Diskussion eingebracht, ohne sie allerdings genau zu definieren (http://www.zeit.de/2006/19/Fragen_Wer).

¹⁶ Zur Definition des Begriffs „Person mit Migrationshintergrund“, aber auch zur Zahl 15,1 Millionen vgl. die Ergebnisse des Mikrozensus 2006, erstellt durch das Statistische Bundesamt ([https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021763](https://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021763)).

¹⁷ Vgl. den Artikel von Johannes Kandel (http://www.bpb.de/themen/G1RPNN,0,0,Was_ist_Islam.html).

¹⁸ Islamische Nachrichten des Islam-Archivs Deutschland vom 17.08.2008 (<http://www.islamarchiv.de/>).

von Religionen (etwa die tendenzielle Verschiebung der religiösen Verhältnisse in Deutschland vom Protestantismus zum Katholizismus und das Vordringen von Freikirchen) unterbleibt in der öffentlichen Diskussion fast völlig – ein wichtiges Indiz dafür, daß Politik, Medien, Forschung und Bevölkerung den Eindruck teilen, lediglich der Islam und seine Anhänger dürfte sich auf Dauer als „schwer verdaulich“ für Deutschland und seine traditionelle politisch-gesellschaftliche Kultur erweisen, während anderen, zumal europäischen Zuwanderergruppen eine solche Bedrohung offensichtlich nicht zugeschrieben wird.

Was zeichnet nun die muslimische Bevölkerungsgruppe in Deutschland aus, namentlich unter Berücksichtigung der übrigen Bevölkerung? Zusammengefaßt lassen sich, bei aller Ungenauigkeit der Quellen, verschiedene Eckdaten und Aspekte nennen:

- Die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lebenden Muslime bilden in *religiöser Hinsicht* keinen einheitlichen Block. Die Masse betrachtet die Sunna als wichtigen Grundpfeiler des Glaubens und religiösen Selbstverständnisses. Schiiten dürften rund 200.000 Personen sein. Eine Sonderstellung nehmen die Aleviten ein – dieser geschichtlich und von der Glaubenspraxis her eher der Schia zuzuordnende Gruppe wird von zahlreichen anderen Muslimen die Zugehörigkeit zum Islam bestritten. Vermutlich bekennen sich etwa 400.000 Personen in Deutschland zum Alevitentum. Daneben existiert noch eine Reihe weiterer muslimischer Konfessionen und Gruppierungen (Ahmadiyya, Charidschiten, Drusen, Sufismus) mit geringerer Anhängerzahl.
- Hinsichtlich der *ethnischen Herkunft* folgt die Gliederung der Muslime größeren politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen.¹⁹ Die Mehrzahl kommt aus der Türkei, wobei allerdings nur ein Teil der (z.T. einstigen) türkischen Staatsbürger ethnische Türken sind. Exakte Zahlen sind nicht zu ermitteln: Das Bundesamt für Statistik nennt zwar für 2005 knapp 2,5 Millionen „Personen mit Migrationshintergrund“, deren Wurzeln in die Türkei reichen, unterscheidet aber weder zwischen Kurden und Türken noch zwischen sich heute noch ihrer türkischen Herkunft Verpflichteten und solchen, die (etwa in Misch-ehen) keinerlei Beziehung mehr zwischen sich und dem Türkentum bzw. Islam sehen. Für die Anzahl der Kurden in Deutschland werden Zahlen um die 600.000 Personen genannt, Zahlen, die allerdings nicht nach Herkunftsländern aufgeschlüsselt sind und auch nicht unterscheiden zwischen Muslimen und Jeziden. Letztlich bleibt die Größenordnung der Präsenz kurdischer und türkischer Muslime in Deutschland nur zu schätzen – einschließlich der Aleviten könnte es sich um etwa 1,7 Millionen ethnisch dem türkischen Volk verbundene Personen handeln sowie um etwa 500.000 Kurden. Die nächst größere Gruppe bilden Araber (aus einer Fülle von Staaten, mehrheitlich aber wohl aus Marokko, dem Irak und Palästina) mit rund 200.000 Muslimen, eine Größenordnung, die möglicherweise auch die Bosniaken erreichen. Muslime mit ethnisch iranischem Hintergrund stellen eine Gruppe von ca. 60.000 Menschen.
- Zur *Demographie* liegen kaum Zahlen vor, einzig zusammenfassend für die Personen mit Wurzeln in der Türkei: Dazu läßt sich feststellen, daß diese Gruppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik einen erheblich höheren Anteil an jungen Menschen besitzen (30,8 % im Alter zwischen Geburt und 20 Jahren) als die autochthone Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (17,6 %). Hinsichtlich der durch Eheschließungen erfolgenden Vermischung von Migranten und Deutschen weisen aus der Türkei stammende, verheiratete Männer einen Anteil von 6,6 Prozent auf, aus der Türkei stammende Frauen einen solchen von 2,4 Prozent. Das ist wenig im Vergleich etwa mit Italienischstämmigen (Männer 31 %, Frauen 16,4 %), aber auch mit Personen aus Polen (Männer 12,8 %, Frauen 23,4 %).

¹⁹ Wie der oben erwähnten Anwerbung bzw. Zulassung von Gastarbeitern (Türkei, Tunesien, Marokko), aber auch Kriegen, die entsprechende Flüchtlingswellen hervorbrachten (Bosnien, Iran, Irak, Kurdengebiet, Afghanistan). Ebenso von Bedeutung für die Einwanderung war verstärkte Repression gegen einzelne Bevölkerungsgruppen durch bestimmte Regime (Iran, Irak, Kurdengebiet, Afghanistan).

Zumindest die in Deutschland lebende Gruppe mit Wurzeln in der Türkei scheint also eine größere ethnische Homogenität aufzuweisen als Zuwanderer anderer Nationalität, und sie scheint diese Homogenität vor allem über das Heiratsverhalten ihrer weiblichen Mitglieder auch weitgehend bewahren zu können.

- Die *soziale Lage* der Muslime in Deutschland ist weitgehend geprägt durch die ethnische Herkunft und damit verbunden durch die Umstände der Einreise nach Deutschland. So ist bei der Mehrzahl der Ethnien der jeweilige Anteil an den ärmeren und schulisch weniger gebildeten Schichten (oft erheblich) größer als in der deutschen Gesamtbevölkerung – ein Faktum, das sich immer dann konstatieren läßt, wenn es sich entweder um große (einstige) Gastarbeiterpopulationen, wie etwa im Fall der aus der Türkei Stammenden, handelt oder aber um Kriegsflüchtlinge (Bosniaken, Kurden). Demgemäß bilden die iranischstämmigen Immigranten in diesem Zusammenhang eine Ausnahme: Innerhalb der aus dem Iran nach Deutschland gekommenen Personenschar stellt die vor dem islamistischen Khomeini-Regime geflohene persische Elite des Schah-Reiches einen hohen Anteil, mit anderen Worten, die Iraner sind gegenüber den übrigen großen Gruppen muslimischer Ethnien überdurchschnittlich gebildet. Es fällt ihnen leichter, innerhalb der deutschen Gesellschaft angesehene Positionen zu erringen und zu behalten. Das hat zur Folge, daß die Iraner, anders etwa als Türken, Kurden und zum Teil Arabischstämmige, auch weniger zur sogenannten *Ghettobildung* in den Städten neigen – oder vielleicht besser: gezwungen sind. Ähnliches gilt aus anderen Gründen für die Bosniaken, die trotz aller Verwerfungen innerhalb der jüngeren Geschichte noch eng mit anderen, eine der ihren ähnliche Sprache sprechenden Einwanderergruppen verbunden sind (Kroaten und Serben).

Nun sollte man meinen, daß die Existenz einer über viele deutsche Städte und Gemeinden verstreuten Schar von gut drei Millionen Muslimen die 78 Millionen übrigen Einwohner nicht beunruhigen sollte – schließlich handelt es sich um gerade einmal vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Dem ist aber nicht so, und zwar aus verschiedenen Gründen:

1. Die Deutschen stehen zum wohl ersten Mal in ihrer über tausendjährigen Geschichte vor dem Phänomen, daß in ihrer Mitte eine größere Minderheit aufgewachsen ist, die sich nicht – wie in den letzten Jahrhunderten die Hugenotten oder auch die Polen – mit hoher Wahrscheinlichkeit assimilieren wird, die also vermutlich über lange Zeit hinweg einen eigenständigen Faktor in der bundesrepublikanischen Gesellschaft bilden wird.
2. Die Muslime sind Angehörige einer Religion, die die Entwicklung des deutschen und europäischen Wertekanons nicht oder jedenfalls nur sehr unvollkommen mitgemacht hat. Folglich gibt es zwischen dem Islam und dem Christentum, vor allem aber der sogenannten westlichen Kultur, die sich aus christlichen Wurzeln und angestoßen durch Humanismus und Aufklärung über die letzten Jahrhunderte in Europa entwickelt hat, erhebliche Unterschiede – Unterschiede, die sich heute vor allem an der Präsenz von Religion und Göttlichem in der Gesellschaft zeigen. Mit anderen Worten: Bei allem durch zahllose Individuen auf beiden Seiten vertretenem Abwechlertum ist zu konstatieren, daß Muslime und Nicht-Muslime in Deutschland, aber auch weltweit nach unterschiedlichen Ethiken leben.
3. Besondere Brisanz erfährt die Existenz der Muslime in Deutschland durch demographische Gesichtspunkte. Wenngleich die jeweiligen Größenordnungen in Forschung und Öffentlicher Meinung sehr umstritten sind, ist es gleichwohl Konsens, daß die Anhänger des Islam in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zahlenmäßig mehr werden dürften, während die übrige, westlich oder christlich geprägte Bevölkerung eher abnehmen wird. Der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung wird also steigen, und zwar nicht unerheblich. Das wird vor allem in bestimmten Städten Westdeutschlands, aber auch in Teilen Berlins dazu führen, daß die Muslime lokal in einigen

Gegenden ihren Status als Minderheit verlieren und im Gegenzug zur Mehrheit aufwachsen werden.

4. Die neu aufwachsende – oder, je nach Definition, bereits aufgewachsene – Minderheit der Muslime ist nicht, wie etwa die sorbische oder die dänische, eine, die ihr Zentrum im Inland oder einem näheren, gleichwohl nicht besonders wirkungsmächtigen Ausland (Dänemark) findet. Vielmehr begreifen sich zahlreiche bekennende Muslime in Deutschland in religiöser und auch kultureller Hinsicht als Teil der Umma, also als Mitglied der nun einmal von der muslimischen Staatenwelt geprägten Gemeinschaft der Anhänger Mohammeds. Hinzu kommt die nationale bzw. ethnische Verbindung zu Völkern im Ausland, etwa zur Türkei – eine Verbindung, die durch Familiennachzug, den Konsum von Presse und Medien, aber auch auf vielfältige andere Weise weiter erhalten wird, nicht zuletzt mit massiver Unterstützung durch auswärtige Regierungen und Systeme. In gewisser Weise eröffnen also die muslimischen Minderheiten fremden Systemen und Regierungen einen Zugang zur deutschen Innenpolitik, der im Umkehrschluß den Minderheiten ein Gewicht verleiht und zukünftig noch viel mehr verleihen dürfte, das ihrem Bevölkerungsanteil nicht entspricht.

4. Der Islam als Herausforderung für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland

4.1. Innenpolitik

Die deutsche Innenpolitik beschäftigt sich auch heute schon mit muslimischen Gruppierungen, aber auch mit dem Islam an sich als Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die Anschläge vom 11. September 2001 in Amerika, aber auch die von London und Madrid haben deutlich gemacht, daß in Europa und damit auch in Deutschland Muslime leben, die bereit sind, sich gegen westliche Politik und Lebensart mit Gewalt einzusetzen. Die Diskussion der letzten Jahre hat gezeigt, daß viele Muslime in Deutschland weitgehend in einer eigenen Gesellschaft und Gemeinschaft leben – verbunden mit der Mehrheitsbevölkerung in vielfältiger (wirtschaftlicher, administrativer, institutioneller) Hinsicht, getrennt dagegen durch einen breiten kulturellen, sozialen und religiösen Graben („Parallelgesellschaften“).

Die deutsche Mehrheitsbevölkerung, der Staat und verschiedene kulturelle und kirchliche Institutionen haben auf diese Erkenntnis reagiert, einerseits mit verschärfter Beobachtung und Verfolgung gewaltbereiter Islamisten, andererseits aber auch mit einem breiten Dialog, der helfen soll, die eingewanderten Muslime an das Grundgesetz und seine Werte heranzuführen und so auf Dauer den inneren Frieden für die Bundesrepublik Deutschland zu bewahren.²⁰ Das entscheidende Schlagwort in diesem Zusammenhang heißt „Integration“ – für die staatliche

²⁰ Dabei ist der Dialog zwischen Vertretern der Bundesrepublik und denen christlicher Kirchen auf der einen Seite und den Repräsentanten muslimischer Organisationen oft von Missverständnissen geprägt, die Gespräche auf Augenhöhe praktisch unmöglich machen. Westlicher Relativismus stößt hier auf muslimischen Absolutheitsanspruch – mit der Folge, daß bestimmte Begriffe (wie Religionsfreiheit und Toleranz) mit ganz unterschiedlichen Inhalten unterlegt werden. Selbst der Sinn des Dialogs wird von beiden Seiten verschieden definiert: Handelt es sich auf regierungsamtlicher und christlicher Seite meist darum, ein wie auch immer geartetes friedliches Zusammenleben mit einer aufstrebenden Minderheit zu erreichen (selbst um den Preis der Aufgabe eigener Positionen), verstehen die Vertreter des Islam solche Prozesse als Chance zur Ausbreitung ihrer Religion, weshalb ein wirkliches Zugehen der Muslime auf die Positionen der Gegenseite selten erfolgt; vgl. Spuler-Stegemann, Ursula, ...denn sie wissen, was sie tun. Zum Verhältnis der Muslime in Deutschland zu den christlichen Kirchen, in: dies. (Hg.), Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573), S. 173-183.

Kultur der Bundesrepublik ein wichtiger Begriff, weil eben nicht die „Assimilation“ gefordert wird.

Eine erhebliche Schwierigkeit erwächst dem Dialog mit dem Islam daraus, daß die Muslime in Deutschland keine verfaßte Gemeinschaft bilden, es also keine Institution gibt, die für den gesamten islamischen Bevölkerungsteil sprechen kann. Vielmehr werden die Muslime in der Bundesrepublik durch eine Fülle von Organisationen und Vereinen betreut und vertreten – darunter auch solchen, die eng mit den Regierungen anderer Staaten verbunden sind.²¹ Unklar ist daneben aber auch die Frage, inwieweit die muslimischen Organisationen, ihre Mitglieder, aber auch die Masse der nicht-organisierten Muslime in Deutschland überhaupt an Integration interessiert sind und wenn ja, was in diesem Zusammenhang unter dem Begriff Integration verstanden wird. Selbst die Bundesregierung gibt in der 2006 entstandenen Schrift „Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen“²² keine genaue Definition des Begriffs: Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch die für Integration zuständige Staatsministerin Maria Böhmer, aber auch die Autoren des Gesamtdokuments vermeiden eine umfassende Beschreibung und heben lediglich einen wichtigen Aspekt hervor: Die Anerkennung des Grundgesetzes als Grundlage der Gesellschaft. Ansonsten bleiben die in Deutschland verbreiteten Vorstellungen denkbar schwammig – Rückgriffe auf die Geschichte legen zwar nahe, daß als Optimum eine Assimilation verstanden wird, aber genau das wird eben nicht explicit ausgedrückt (zumal die Assimilation im Hinblick auf die Muslime unter Berücksichtigung der Religionsfreiheit im Rahmen der deutschen Verfassungsordnung durch staatliche Stellen kaum propagiert werden dürfte). Folglich wird das Wort „Integration“ zu einem Objekt der Interpretation – wobei gerade muslimische Gruppierungen zum großen Teil zwar auf eine entschiedene Gleichberechtigung mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung pochen, diese Gleichberechtigung aber auf wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte begrenzt sehen wollen. Wenig Anhängerschaft findet das eindeutige Bekenntnis zum Grundgesetz in Fallkonstellationen, bei denen die deutsche Verfassungsordnung mit Werten der Scharia in Widerspruch gerät. Hier beharren die muslimischen Gemeinschaften auf dem Prinzip der (muslimisch verstandenen, s.o.) Religionsfreiheit. Bestimmte Punkte der Diskussion, etwa zur Rolle der Frau in der Gesellschaft und zur Zulassung von Konversionen vom Islam zum Christentum, scheinen daher kaum einem Konsens zuzuführen sein.

Bei allem Dissens zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und den Anhängern des Islam in der Bundesrepublik bilden die Muslime in Deutschland doch momentan kein Sicherheitsrisiko, das den Bestand des Staates und die Geltung des Grundgesetzes in Frage stellen könnte. Aktionen militanter Islamisten können wohl empfindliche Schäden, auch viele Tote verursachen – sie werden aber heutzutage und in den nächsten Jahren kaum zur existenziellen Bedrohung werden. Gleiches gilt für das Fortbestehen muslimischer Parallelgesellschaften, denen immerhin nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung angehören.

Allerdings gilt diese Analyse nur für die Jetzt-Zeit.²³ Bezieht man die erwartete demographische Entwicklung Deutschlands und der Welt bis etwa zum Jahr 2050 n.Chr. in die Berechnung ein, dürften sich aller Wahrscheinlichkeit nach die Relationen zwischen Minderheit und Mehrheit,

²¹ Besonders hervorzuheben in diesem Zusammenhang: Die DITIB (Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion) als Instrument der türkischen Regierung, die von Saudi-Arabien finanzierte König-Fahd-Akademie (Schule in Bad Godesberg, die allerdings vornehmlich nur vorübergehend in Deutschland lebende Schüler ansprechen soll) und das von der schiitischen Führung im Iran gelenkte Islamische Zentrum Hamburg.

²² <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-10-18-nationaler-integrationsplan.property=publicationFile.pdf>.

²³ Eine optimistische Perspektive für die das Verhältnis zwischen Westen/Christentum und Islam gibt dagegen: Lüders, Michael, Allahs langer Schatten. Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen, Freiburg 2007, S. 212-223.

zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland stark zugunsten der ersteren verschieben. Die momentan von der Forschung bereitgestellten und von Michael Blume zusammengefaßten Zahlen²⁴ gehen von einer Erhöhung des muslimischen Bevölkerungsanteils in verschiedenen Größenordnungen aus:

1. Das Islam-Archiv Soest, bemerkenswerterweise eine muslimische Organisation, geht von einem Kippen der Mehrheitsverhältnisse in Deutschland um das Jahr 2045 aus (mehr als 50 Prozent Muslime).
2. Eine Fortschreibung der Daten aus der Volkszählung 1987 in Verbindung mit einer Stellungnahme der Bundesregierung von 2001 legt nahe, daß die Stärke des Muslime 2030 um die 12 bis 14 Millionen betragen könnte, 2050 sogar über 20 Millionen (was einem Anteil von rund 30 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspräche).
3. Blume selbst kommt durch eigene Berechnungen zu einem Anwachsen der Muslime bis 2030 auf etwa 7,7 Millionen (also etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung). Zur Situation 2050 äußert er sich nicht.

Vor allem die Zahlen der Punkte 1. und 2. sind geeignet, die Diskussion um die Zukunft der Bundesrepublik durchaus zu verschärfen. Denn in der Tat herrscht sowohl auf Seiten der heutigen Mehrheitsbevölkerung als auch auf der der Muslime die Erwartung vor, daß eine solche Verschiebung der Relationen auch die Machtverteilung im Land verändern würde – mit anderen Worten, daß das Grundgesetz und die nunmehr jahrzehntelang eingeübten Formen des deutschen politischen und gesellschaftlichen Alltags einer Islamisierung von Recht und Kultur weichen könnten, ein Prozeß, der – was allerdings selten herausgestellt wird – nicht unbedingt friedlich ablaufen müßte.

Nun gibt es aus den islamischen Institutionen heraus bislang wenige Vorschläge, wie denn in Zukunft die Vereinbarkeit von Scharia und Grundgesetz erreicht werden könnte. Einzig muslimische Dissidenten und Einzelpersonen formulieren Strategien für diesen Weg, etwa der Göttinger Professor Bassam Tibi, der in zahlreichen Werken²⁵ eine von den Medien viel beachtete, unter den deutschen Muslimen gleichwohl bislang kaum angenommene Forderung aufgestellt hat: Die Entwicklung eines Euro-Islam. Tibi geht von einem die Geschichte bestimmenden Gegensatz zwischen einst christlicher europäischer und islamischer Zivilisation aus. Er wird nicht müde, die Unvereinbarkeit westlicher Werte mit denen des Islam zu betonen und zu beklagen, daß der Rückzug des Religiösen aus der Lebenswelt der Europäer diesen die Möglichkeit genommen habe, den Konflikt überhaupt in all seinen Dimensionen zu verstehen – z.B. die Tatsache, daß für religiöse Menschen (in diesem Fall die Muslime) Absolutes, Göttliches nicht verhandelbar ist.²⁶ Angesichts der demographischen Entwicklung sieht Tibi für Europa, und damit auch für Deutschland, nur zwei Alternativen: Entweder die langfristige Islamisierung Europas (verbunden mit Krieg und Gewalt) oder aber eben die Entwicklung eines Euro-Islam – eines Islam ohne Scharia, ohne Mission und ohne Heiligen Krieg (Djihad). Ein Konzept, daß allerdings von den meisten Führern muslimischer Organisationen sowie von nahezu allen islamischen Theologen und Rechtsgelehrten abgelehnt wird und daher kaum zur Durchsetzung gelangen wird, zumal der Relativismus und die Offenheit europäischer Gesellschaften dem Islam keinen wirklichen Zwang schaffen, zum eigenen Weiterbestehen in Deutschland und Europa traditionelle Werte aufzugeben und neue des Aufnahmelandes anzunehmen.

Gleichwohl gibt es zu diesem Konzept keine Alternative. Die Bundesrepublik Deutschland muß zur Wahrung der Verfassung und zur Fortführung ihrer Kultur darauf hinwirken,

²⁴ Vgl. dazu die Ausführungen des namhaften Religionswissenschaftlers Michael Blume: <http://www.blume-religionswissenschaft.de/pdf/WirdDeutschlandislamischBadBollBlume2007.pdf>.

²⁵ Vgl. z.B. Tibi, Bassam, Die islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts, Darmstadt 2007.

²⁶ Ebd. S. 25.

- einerseits die Anbindung der hier lebenden und in Zukunft noch einwandernden oder geboren werdenden Muslime an die deutsche Gesellschaftskonzeption zu verstärken und
- andererseits die so zu erprobende Integrationsfähigkeit der Mehrheitsbevölkerung nicht überzustrapazieren, was nur möglich ist, wenn das Wachstum der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland (vor allem in Relation zur Gesamtbevölkerung) verlangsamt wird.

Dazu ist es erforderlich, auch in den stark familiär geprägten muslimischen Bevölkerungsgruppen den auf Individuen zugeschnittenen Grundrechtskatalog kompromißlos durchzusetzen – kompromißlos deshalb, weil jedes Zugeständnis in dieser Frage zwar die Rechte der jeweils bestimmenden Muslime stärkt, die Selbstverwirklichung der von ihnen bestimmten Familienangehörigen gleichwohl erheblich beschneidet. Im Detail handelt es sich dabei hauptsächlich um drei Themenbereiche: Religionsfreiheit, sexuelle Selbstbestimmung und die Rolle der Frau.

Die Durchsetzung der Religionsfreiheit – wohlbemerkt im westlichen, nicht im muslimischen Sinn – ist essentiell, um die Ausbreitung des Islam in der autochthonen deutschen Bevölkerung nicht zur Einbahnstraße werden zu lassen. Schließlich stehen jährlichen Konversionen zum Islam in der Größenordnung von bis zu viertausend Personen²⁷ nur wenige Einzelfälle gegenüber, die vom Islam zum Christentum übertreten²⁸ – ein Phänomen, daß durchaus nicht nur eine Frage der spirituellen und heimatgebenden Qualität der verschiedenen Religionen ist. Vielmehr handelt es sich um das Ergebnis massiven Drucks, den muslimische Gemeinden und Familien, ja die gesamte Umma ausüben, wenn ein ihnen zugehöriges Individuum die islamische Gemeinschaft verlassen möchte.²⁹

Grundsätzlich dürfte auch in Zukunft die Umsetzung der Menschenrechte und des grundgesetzlichen Wertekatalogs unter den Muslimen in Deutschland auf dem Weg erfolgen müssen, den die Bundesregierung im Nationalen Integrationsplan bereits 2006 vorgegeben hat.³⁰

Als besonders problematisch wird sich voraussichtlich die Begrenzung von Zuwanderung gestalten.³¹ Zwar ist die legale Einreise nach Deutschland auch jetzt schon stark reglementiert; in diesem Zusammenhang besteht die Gefahr größerer Einwanderungswellen allenfalls im Auftreten von Flüchtlingsströmen. Als bedeutender dürfte sich die illegale Einwanderung gestalten, zumal sie zum Teil eingebettet ist in legale Reiseströme (Tourismus, Visa für Besuche). Hier kommt es darauf an, einerseits bereits im Vorfeld der Europäischen Union illegale Zuwan-

²⁷ Zur Größenordnung der Konversionen zum Islam s. Ehrhardt, Christoph, Ick bin ein Muslim geworden, F.A.Z. vom 06.09.2007

(<http://www.faz.net/s/RubF359F74E867B46C1A180E8E1E1197DEE/Doc~E1AA3F13334DF48468316AD2A6AE87BF9~ATpl~Ecommon~Scontent.html>).

²⁸ Telefonische Erhebungen bei den katholischen Pfarrämtern der Stadt Regensburg, den evangelisch-lutherischen Pfarrämtern der Stadt Göttingen sowie zahlreichen evangelischen, z.T. auch freikirchlichen Gemeinden Berlin haben ergeben, daß in all diesen Gebieten zusammengenommen in den Jahren 2006 bis 2008 gerade einmal eine Muslimin zum Christentum übergetreten ist (Türkin aus Neukölln, zu den Baptisten). Andere, in der Presse zuweilen herausgestellte Gemeinden (meist freikirchlicher Provenienz) mit vielen Konvertiten erweisen sich bei näherem Hinsehen als überaus klein und durchaus nicht wachsend (z.B. die türkisch-baptistische Gemeinde Kreuzberg mit rund zwanzig Mitgliedern, die größtenteils schon seit vielen Jahren Christen sind).

²⁹ Zu den Folgen von Konversionen zum Christentum in muslimisch geprägten Gesellschaften vgl. Breuer, Rita, Wie du mir so ich dir? Die Freiheit des Glaubens zwischen Christentum und Islam, in: Spuler-Stegemann, Ursula, (Hg.), Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573), S. 35-53.

³⁰ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-10-18-nationaler-integrationsplan.property=publicationFile.pdf>.

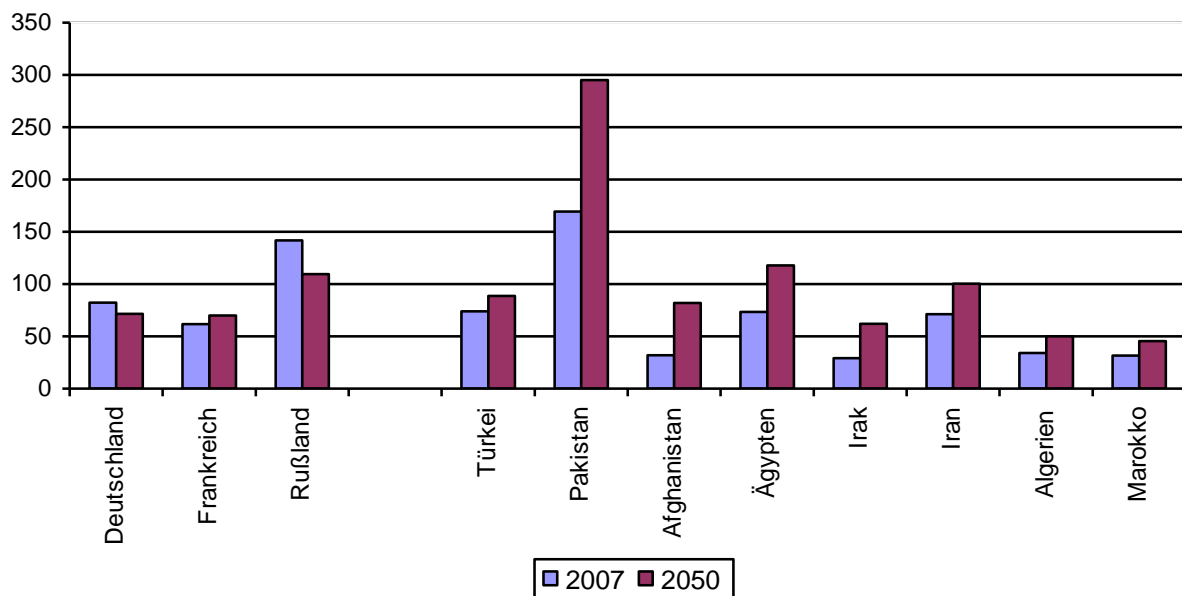
³¹ Zu den gesetzlichen Regelungen zum Zuzug von Ausländern in die Bundesrepublik vgl. die entsprechenden Seiten des Bundesinnenministeriums (<http://www.zuwanderung.de/>).

derer zu stoppen und andererseits in Deutschland aufgegriffene illegale Migranten konsequent abzuschieben.³²

4.2. Außen- und Verteidigungspolitik

In mancher Beziehung berühren sich äußere und innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, nicht zuletzt in Hinblick auf den Umgang mit dem Islam. Gerade die eben angesprochene Problematik von Migrationen zeigt, daß die immens wachsende Bevölkerung der muslimischen Staaten außerhalb Europas auf diesem Feld zu einer Bedrohung von innerer wie äußerer Sicherheit werden kann – und vermutlich auch werden wird.

Abbildung 1: Entwicklung der Bevölkerungszahl in ausgewählten Staaten



(Quelle: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hg.), DSW-Datenreport. Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung 2007.)

Das gewaltige Bevölkerungswachstum (s. Abbildung 1 mit einigen Beispielen) wird zahlreiche muslimische Staaten vor Herausforderungen stellen, die dort auf dem Wege der Innen- und Wirtschaftspolitik nur schwer zu lösen sein werden. erinnert sei hier an die Stichworte Wassermangel, Ernährung, schwache bzw. einseitig auf den Öl-Export ausgerichtete Volkswirtschaften, Arbeitsplatzmangel, durch religiöse und staatliche Einflüsse zunehmende Behinderung persönlicher oder kollektiver Entfaltung – zusammenfassend: an die Perspektivlosigkeit, die sich für weite Teile der Unter- und Mittelschichten der betroffenen Länder ergibt. Hinzu kommt, als Folge eines Überschusses an junger Bevölkerung, die Anfälligkeit der muslimischen Gesellschaften für radikale Ideen, charismatische Führer und die damit verbundene Unfähigkeit, interne (und auch äußere) Konflikte durch Diskussion und Kompromiß zu lösen:

³² Zur Zuwanderung allgemein, aber auch den rechtlichen Konsequenzen und Möglichkeiten der Steuerung vgl. vor allem die Seiten 19-20 bei Hillebrand, Ernst, Zu viele oder zu wenige? Demographische Entwicklung und internationale Migration, Berlin 2007 (Schriftenreihe „Kompass 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung).

Ein ständiger Druck auf die herrschenden Eliten, die, um dem zu entrinnen und gleichzeitig neue wirtschaftliche Ressourcen zu erschließen, mit der Förderung von Auswanderung reagieren könnten. Das aber berührte die Sicherheit und Existenz Deutschlands direkt, denn als Ziele von Auswanderung dürften noch auf lange Zeit bevorzugt die als reich geltenden Staaten des Westens dienen.

Um dem zu begegnen, wird die deutsche Regierung eine Strategie mit mehreren Ansätzen fahren müssen:

- Erstens kommt es darauf an, im Rahmen des Schengener Abkommens und in Zusammenwirken mit der EU die illegale Einreise nach Europa zu erschweren.
- Zweitens sind Ressourcen bereitzustellen, um Flüchtlingsströme bereits in ihren Entstehungsländern oder jedenfalls in der unmittelbaren Nachbarschaft aufzufangen und so am Weiterzug nach Europa zu hindern.
- Drittens ist es erforderlich, über nationale und internationale Programme Bildung, auch Frauenbildung in den betreffenden Ländern zu fördern: Bildung gilt als Schlüssel zur Verlangsamung von Bevölkerungswachstum und befördert gleichzeitig das wirtschaftliche Fortkommen.
- Viertens sind die muslimischen Regime dazu zu drängen, ihren Bevölkerungen Anteil zu geben an den Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen.
- Und fünftens muß die deutsche Regierung sich dafür einsetzen, daß auch in muslimischen Staaten bestimmte Menschenrechte gewahrt werden, mithin zumindest die großangelegte Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten bzw. Teilen der Bevölkerung unterbleibt.

Abgesehen von der Bevölkerungsentwicklung dürfte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterhin die Versorgung Deutschlands mit Öl und Gas auf möglichst sicheren Wegen im Zentrum der deutschen Außenpolitik gegenüber den muslimischen Staaten stehen. Es wird in diesem Zusammenhang darauf ankommen, die Landschaft der Exportstaaten möglichst breit gefächert zu erhalten, um eine zu große Abhängigkeit von einzelnen Regimen zu vermeiden. Gleichzeitig gilt es, die Transportwege offenzuhalten – sowohl gegenüber Sperrungen durch einzelne Staaten als auch gegenüber Piraten. Hier werden auf Dauer nur Verfahren erfolgversprechend sein, die land-, luft- und seegestützte Ansätze beinhalten, etwa vergleichbar den momentanen US-amerikanischen Plänen gegenüber Somalia.

Eine vor dem Hintergrund des Grundgesetzes und der westlichen politischen Kultur allgemein überaus problematische Herausforderung stellt die Frage der Demokratisierung muslimischer Systeme dar, vor allem weil die meisten der betreffenden Staaten traditionell und eben auch heute nicht einmal in Ansätzen als pluralistische, rechtsstaatliche Demokratien zu bezeichnen sind.³³

Die Außenpolitik der westlichen Jahre leidet schon seit Jahren an dem moralischen Makel, für viele Weltgegenden demokratische Reformen zu fordern und gleichzeitig mit autoritären, manchmal auch totalitären (Saudi-Arabien) Regimen der islamischen Welt in vielfältiger Weise zusammenzuarbeiten und sogar verbündet zu sein. Allerdings wird auch in Zukunft die politische Vernunft dafür sprechen, undemokratische Regierungssysteme zu erhalten – jedenfalls dann, wenn ein Umsturz, womöglich gepaart mit demokratischen Wahlen, das Risiko in sich birgt, ein unberechenbares, islamistisch-totalitäres Regime an die Macht zu bringen (wie es z.B. bei freien Wahlen in den Palästinensergebieten der Hamas gelungen ist). Überhaupt bilden islamistische Revolutionen eine der Hauptgefahren für die Stabilität in der muslimischen Staatenwelt – ein Umsturz in Saudi-Arabien, Ägypten oder Pakistan dürfte dezidiert anti-westlichen Kräften eine

³³ Fokussiert auf die amerikanische Außenpolitik zum Thema Demokratisierung muslimischer Staaten: Byman, Daniel, *Fighting terrorism with democracy?*, in: Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), *Radical Islam an International Security. Challenges and Responses*, London/New York 2008, S. 189-203.

Fülle an wirtschaftlichen, militärischen und politischen Ressourcen zukommen lassen, die rasch zur Bedrohung für Nachbarn, aber auch für die Weltordnung an sich werden könnten.

Als Konstante dürfte für die muslimische Staatenwelt die Existenz verschiedener inner- und zwischenstaatlicher Konflikte auch in Zukunft erhalten bleiben. Zu nennen sind beispielsweise

- die bislang ungelöste Einbettung Israels in die Staatenwelt des Nahen Ostens,
- die ungeklärten Machtfragen im Sudan,
- das Streben des Irans (eventuell auch anderer Staaten) nach weitreichenden (Nuklear-) Waffen,³⁴
- das Dringen der Kurden auf Unabhängigkeit,
- der indisch-pakistanische Streit um Kaschmir,
- die Stabilisierung des Iraks und Afghanistans, aber auch
- viele, zum Teil ethnisch begründete Konflikte in der gesamten muslimischen Welt.

Für die meisten dieser Konflikte ist kein wie auch immer gearteter, wirklich tragfähiger Lösungsansatz für die nähere und mittlere Zukunft in Sicht. Gleichwohl dürfte die internationale Gemeinschaft versuchen, wenigstens akute Ausbrüche der Krisen zu verhindern bzw. gegebenenfalls einzudämmen, abzumildern oder zu beenden. Das wiederum wird auch die Forderung nach finanzieller und/oder militärischer Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland beinhalten – Ansinnen, die in Gänze und auf Dauer kaum zurückzuweisen sein werden. Die deutsche Regierung wird sich also ebenso wie die Bundeswehr darauf einstellen müssen, einerseits die bereits begonnenen Einsätze in der muslimischen Staatenwelt noch über viele Jahre fortsetzen zu müssen und andererseits neue militärische, unter Umständen personalintensive Vorhaben in Angriff nehmen zu müssen (etwa in den Palästinensergebieten, im Sudan). Eine besondere Bedrohungslage würde sich hingegen ergeben, sollte Pakistan zerfallen oder der Iran den Schritt zur Erlangung von Kernwaffen tun. In diesen Fällen, vor allem im letzteren ist damit zu rechnen, daß die internationale Gemeinschaft unter Führung der USA militärische Großeinsätze etwa im Stil des letzten Golfkriegs durchführen wird, mit der Folge, daß im Rahmen westlicher Solidarität auch von der Bundesrepublik militärische Beiträge in einer Größenordnung gefordert werden, die bislang unüblich war.

Ein weiteres hier anzusprechendes Risikopotential in der islamischen Welt resultiert aus der Ungleichheit der Waffen zwischen dem Westen und den muslimischen Gesellschaften, mithin aus der asymmetrischen Bedrohung durch Terrorismus und Guerillakampf. Akteure werden in diesem Zusammenhang weniger muslimische Staatsführungen sein, wenn man von der finanziellen und logistischen Unterstützung islamistischer Gruppen etwa durch den Iran oder pakistanische und saudi-arabische Eliten absieht. Vielmehr dürfte es sich in absehbarer Zukunft ähnlich wie heute um Gruppen und Organisationen unterhalb der regierungsamtlichen Ebene handeln, von denen die größten Herausforderungen ausgehen.³⁵ Es wird sich, wie momentan im Fall Pakistans, die Frage stellen, ob und inwieweit der Westen solche Bewegungen bekämpfen kann, wenn sie denn ihre Rückzugsgebiete und Basen in eigentlich unbeteiligten muslimischen Staaten unterhalten, in Staaten, deren Regierungen nicht willens oder nicht in der Lage sind, die fraglichen Kämpfer und ihre Unterstützer effektiv zu bekämpfen oder an der Fortsetzung ihrer Aktivitäten zu hindern. Für diese Fälle sollte die deutsche Politik klären, inwieweit der Grundsatz

³⁴ Zum Hintergrund von Nuklearprogrammen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika s. Kerzel, Michael und Oliver Thränert, Von der friedlichen Nutzung der Kernenergie zum Bau der Atombombe? Die Gründe für das „nukleare Erwachen“ im Nahen Osten und die damit verbundenen Gefahren, Diskussionspapier der SWP, Berlin 2009.

³⁵ Zur momentanen Struktur des islamischen Glaubenskrieges gegen den Westen und zu der Wahrscheinlichkeit, daß die Träger desselben in Zukunft Staaten sein könnten vgl. Singer, Max, The potential dangers of a „real“ jihad, in: Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), Radical Islam an International Security. Challenges and Responses, London/New York 2008, S. 171-179.

der Souveränität solche Staaten vor Eingriffen von außen, eventuell auch durch die Bundeswehr, schützen sollte bzw. mit welchen Strategien solchen Bedrohungen zu begegnen ist.³⁶

Zusammenfassung

Die Welt befindet sich in einem Umbruch, der die politische und kulturelle Stellung Deutschlands und Europas enorm verändert. Am deutlichsten sichtbar ist dieser Umbruch, wenn der Blick auf die demographische Entwicklung gerichtet wird: Einer zusammenschmelzenden autochthonen Bevölkerung in Mitteleuropa stehen wachsende, oft sogar quantitativ explodierende Einwohnerschaften jenseits der südlichen und südöstlichen Grenzen Europas gegenüber. Begleitet wird dieses Phänomen von in erheblichem Maß aufwachsenden Minderheiten in Deutschland selbst, aber auch in anderen europäischen Staaten. Gleichzeitig sinkt durch die Erstarkung wirtschaftlich und militärisch potenter Akteure (China, Indien, Brasilien u.v.a.) die relative politische Bedeutung der europäischen Staaten in der Welt – mit der Folge, daß schon jetzt Deutschland, Frankreich und Großbritannien militärische Zwerge sind, kaum in der Lage, außerhalb ihrer eigenen Grenzen einen Konflikt mit einer auch nur halbwegs gerüsteten Macht ohne amerikanische Hilfe erfolgreich bestehen zu können.

Das Entstehen bevölkerungsreicher Regionen in Afrika und Asien sowie die damit einhergehende Erstarkung dortiger Staaten führt jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht automatisch dazu, daß dort auch eine wirtschaftliche Potenz aufwächst, die in der Lage wäre, den wachsenden Volksmassen ein nach modernen Maßstäben adäquates Leben mit Ressourcen aus der Region selbst zu sichern. Das hinsichtlich Bildung, Infrastruktur und Technik in nahezu allen Bereichen überlegene Europa dürfte seine Stellung als „Insel der Reichen“ auch bei politischem Bedeutungsverlust noch über lange Zeit behalten – ein Graben, zu dessen Vertiefung nicht zuletzt der Klimawandel beitragen wird, durch den lebenswichtige Güter wie Trinkwasser und Nahrungsmittel in Nordafrika und Südwestasien noch knapper werden, als sie momentan ohnehin schon sind. Die weitgehend auf den Export von Rohstoffen wie Öl und Gas gestützten dortigen Volkswirtschaften werden kaum in der Lage sein, ihren Bedarf zur Gänze auf einem freien Weltmarkt zu decken.

Demographie, Politik und Wirtschaft als „harte“ Fakten bilden nur eine Seite der Lage. Eine andere – in nüchternen europäischen Analysen oft weniger beachtete – wird geprägt von „weichen“ Fakten wie Kultur, Geist und Religion. Hier steht eine weitgehend areligiöse, relativierende, pluralistische und im Diskurs oft auf sich selbst beschränkte europäische und deutsche Gesellschaft von Individuen muslimischen Gemeinschaften gegenüber, die dezidiert andere Positionen vertreten: Statt Areligiosität herrscht in weiten Bevölkerungsschichten Religiosität, Relativismus weicht dem Glauben, die Wahrheit erkannt zu haben (ein Aspekt, der auch Pluralismus verhindert), und der Vielzahl von Individuen in europäischen Gesellschaften entsprechen relativ intakte Familien-, Clan- und Stammesstrukturen mit gelebten und weitergetragenen Identitäten. Dabei ist zu konstatieren, daß sich der Islam momentan keineswegs in Rückzug oder Zerfall befindet, sondern vielmehr bereits seit einigen Jahrzehnten eine innere Konsolidierung und äußere Expansion erfährt.

Zukunftsfähige deutsche Sicherheitspolitik muß lernen, all diese Facetten der zu erwartenden Entwicklung in einem stets anzupassenden Lagebild zu würdigen. Dazu gehört vor allem, die These von der Weltgeltung westlicher Werte einer kritischen Betrachtung zu unterziehen – einer Betrachtung, die vielleicht nicht notwendig war, als Europa (bzw. die letztlich europäisch geprägten Blöcke in Ost und West) große Teile der Erde politisch, wirtschaftlich, militärisch und

³⁶ Eine gute Darstellung zum Umgang mit zerfallender Staatlichkeit findet sich bei: Schneckener, Ulrich, Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: APuZ 28-29/2005, S. 26-31.

auch kulturell dominierte. Die großen, für uns so anziehend wirkenden Ideen von individuellen Menschenrechten, persönlicher Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft konnten ganz offensichtlich selbst in Phasen eindeutiger globaler Dominanz Europas und Amerikas allenfalls bruchstückhaft auf Gesellschaften übertragen werden, die außerhalb der christlichen bzw. abendländischen Geistesgeschichte stehen. Mit anderen Worten: Vermutlich befindet sich die Ausbreitung westlichen Gedankenguts eher auf dem Rückzug denn auf dem Vormarsch – attraktiv bleibt für andere Kulturen zwar das Muster wirtschaftlichen Erfolgs einschließlich technischer Errungenschaften, nicht aber das westliche Wertesystem in Gänze.

Die Erkenntnis von der Relativität westlicher und damit auch deutscher Werte im globalen Zusammenhang und im Verhältnis zum Islam kann nicht ohne Folgen für die deutsche Sicherheitspolitik bleiben – weder im Inneren wie im Äußeren, da sich spätestens seit dem Aufwachsen starker muslimischer Bevölkerungsgruppen in Deutschland und verstärkt durch die Globalisierung beide Bereiche eng berühren.

Im Inneren bedeutet das, die Existenz einer vermutlich wachsenden muslimischen Minderheit zu akzeptieren, die nicht, wie im Fall früherer Einwandererströme des 18. und 19. Jahrhunderts (Polen und Hugenotten), im Verlauf der nächsten Jahrzehnte und Jahrhunderte einfach im deutschen Volk aufgehen wird. Ein solches Aufgehen wäre nur möglich bei großer kultureller und geistiger Nähe im Verhältnis von autochthonen Deutschen und muslimischen Zuwanderern, ein Faktum, das augenscheinlich momentan nicht gegeben ist und sich in naher Zukunft wohl auch nicht einstellen wird. Folglich muß, soll die gewachsene verfassungsmäßige Ordnung Deutschlands nicht nur nominell, sondern auch in der Lebenswirklichkeit der Gesamtbevölkerung bewahrt werden, eine Strategie erarbeitet werden zum Umgang mit einer muslimischen Bevölkerungsgruppe, die wichtige Grundüberzeugungen der altansässigen Bevölkerung nicht teilt und versucht, ein an gegensätzlichen Werten orientiertes inneres Leben in Form von sogenannten Parallelgesellschaften zu führen.

Eine solche Strategie kann nicht in einer einzelnen Handlung bestehen, sie muß vielmehr an mehreren Eckpunkten ansetzen:

1. Deutsche Staatlichkeit muß versuchen, das Wachstum der muslimischen Minderheit in Deutschland nach Möglichkeit zu vermindern. Zu diesem Zweck ist zuvorderst eine restriktive Einwanderungspolitik gegenüber Muslimen zu betreiben. Vor allem ist Deutschland (in enger Zusammenarbeit mit den umgebenden europäischen Partnern) gegen illegale Zuwanderung konsequent abzuschotten.
2. Es ist kompromißlos gegen die Bildung sogenannter Parallelgesellschaften vorzugehen. Das bedeutet, den Grundrechtkanon allen Einwohnern Deutschlands zu eröffnen – und das nicht nur als theoretische Möglichkeit, sondern strafbewehrt auch als Pflicht für Minderheiten. Es darf nicht sein, daß bestimmte, in diesem Fall muslimische Minderheiten gestützt auf die durch die Verfassung garantierte Religionsfreiheit andere Menschenrechte unterlaufen, darunter nicht zuletzt das Recht auf den Wechsel der Religion und die Freiheit der Individuen, ihren Lebensweg (einschließlich der Heirat) autonom zu verwirklichen.
3. Es ist darauf hinzuwirken, daß innerhalb Deutschlands möglichst wenige Gebiete entstehen, in denen innerlich das Grundgesetz ablehnende Muslime die Bevölkerungsmehrheit bilden. Das beinhaltet angesichts der Unmöglichkeit, Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit zu reglementieren, nur den Ausweg, wenigstens Zuwanderern in mehrheitlich von autochthonen Einwohnern besiedelten Gebieten eine Heimstatt zu gewähren.

Das Entscheidende ist, in Deutschlands den Frieden innerhalb einer funktionierenden Zivilgesellschaft zu bewahren, also ein friedliches Miteinander der nunmehr existierenden unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu sichern. Das aber würde unmöglich, sollte die Toleranz (der autochthonen Bevölkerung) der Intoleranz (muslimischer Minderheiten) in Teilen

des Staatsgebietes unterliegen – oder, anders gesagt, sollten Muslime mit islamisch motivierter Ideologie die Herrschaft über gewisse Räume Deutschlands beanspruchen oder sogar etablieren.

Der außenpolitische Handlungsspielraum Deutschlands im Hinblick auf die muslimische Staatengemeinschaft ist relativ gering. Es wird nicht möglich sein, Krisen innerhalb der islamischen Welt zu lösen, und es wird auch nicht möglich sein, als für unser Weltbild und unsere Interessen schädlich betrachtete Entwicklungen total zu verhindern – also weder die fundamentalistische Re-Islamisierung der muslimischen Welt noch den Klimawandel und die Fortdauer bestimmter Konflikte. Gleichwohl gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Folgen des oben beschriebenen Wandels wenigstens zu kanalisieren und ihre Gefahren für Deutschland zu begrenzen:

1. Die politischen und militärischen Kräfte Deutschlands sind mit denen anderer Partner, namentlich der EU und NATO, zu bündeln, was enge Koordinierung erfordert. Es ist eine Strategie für den Umgang mit der islamischen Welt zu erarbeiten, die im konkreten Einzelfall auch konsequent umgesetzt werden muß, um eigene Positionen nicht ins Leere laufen zu lassen. Das bedeutet, letztlich die momentane Aufgabenteilung zwischen den USA und den Europäern – amerikanische Zuständigkeit für Kampfeinsätze und militärische Abschreckung, europäische für Friedenssicherung und wirtschaftlichen Aufbau – abzuschaffen zugunsten einer wirkungsvolleren Beteiligung gerade Europas und Deutschlands an militärischen Maßnahmen aller Dimensionen. Nur so ist der politische Bedeutungsverlust Europa nachhaltig und auf Dauer zu minimieren.
2. Flüchtlingsströme im muslimischen Raum sind entweder bereits in ihrer Entstehung zu verhindern oder aber jedenfalls in der Region zu halten, ein Einströmen nach Europa zu unterbinden.
3. Krisenherde von überregionaler Bedeutung sind möglichst unterhalb der Schwelle einer militärischen Eskalation zu halten. Das gilt besonders für Konflikte, bei denen der Einsatz (nuklearer) Massenvernichtungsmittel zu befürchten ist – also die Differenzen zwischen Indien und Pakistan, die Auseinandersetzungen zwischen Israel und seinen islamischen Nachbarn sowie für die vermuteten Bestrebungen des Iran, Atomwaffen zu erwerben.
4. Nicht-fundamentalistische Regime der muslimischen Welt sind zu stabilisieren, selbst wenn sie nicht allen demokratischen Werten des Westens nachkommen. Insbesondere ist auf diese Weise zu verhindern, daß weitere Staaten islamistische Regierungen bekommen.
5. Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe sollte Deutschland gezielt dazu übergehen, die schließlich nur begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen als politisches Instrument zu begreifen, will sagen als Belohnung für und zur Förderung von Entwicklungen, die grundsätzlich dem Interesse Deutschlands nutzen. Das kann z.B. geschehen durch Unterstützung von Frauenbildung – (aus-)gebildete Frauen und die von ihnen geprägten Gesellschaften haben in aller Regel einen geringeren Geburtenüberschuß als solche Gemeinschaften, die die Frau lediglich in ihrer Funktion als Mutter achten und verstehen. Auf diese Weise dürfte es möglich sein, das drastische Bevölkerungswachstum in der islamischen Welt wenigstens zu verlangsamen. (Weltliche) Bildung allgemein dürfte auch der Schlüssel zum Entstehen von Zivilgesellschaften sein, die weniger anfällig sind gegenüber den Verlockungen wahabitischer oder schiitischer Fundamentalismen.
6. Im Fall der Türkei, Bosniens, des Kosovo, Mazedoniens und Albaniens ist, sollte es zu Beitrittsverhandlungen mit der EU kommen bzw. sollten diese (wie bei der Türkei) in die Phase der Entscheidung über die Mitgliedschaft gelangen, genau darauf zu achten, daß in den betreffenden Staaten nicht nur die Gesetze nominell den Anforderungen genügen, sondern auch darauf, wie die jeweiligen Bevölkerungen unterhalb der staatlichen Ebene europäisches Gedankengut umsetzen – namentlich in den besonders kritischen Punkten der gelebten Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung aller im Staat lebenden Individuen einschließlich der Frauen.

Die wichtigste Grundregel für eine angemessene Durchsetzung deutscher Sicherheitsinteressen gegenüber dem islamischen Ausland dürfte allerdings darin bestehen, deutschen Einfluß und deutsche Machtmittel, weiche wie harte, nicht zu überschätzen und folglich auch nicht überzustrapazieren: Erfolge werden nur zu erzielen sein, wenn das deutsche Potential in Koordination mit den Partnern aus EU und NATO gebündelt an bestimmten Schwerpunkten zur Geltung gebracht wird, also gegenüber Ländern und Regionen, die

- entweder von herausgehobener wirtschaftlicher Bedeutung sind,
- von denen besondere sicherheitsrelevante Bedrohungen ausgehen (militärisch, aber auch durch Förderung von Terrorismus oder über organisierte Kriminalität) oder
- die als (potentielle) Herkunftsländer von Flüchtlingen und illegalen Migrationsströmen massiven Einfluß auf die Bundesrepublik Deutschland nehmen könnten.

Anhang: Tabellen

Tabelle 1: Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung

Staat	Prozentsatz Muslime	Status des Islam
Afghanistan	99	Staatsreligion
Ägypten	90	Staatsreligion
Albanien	60	
Algerien	99	Staatsreligion
Aserbaidtschan	95 (?)	
Bahrain	81	Staatsreligion
Bangladesch	90	Staatsreligion
Brunei	90 (?)	Staatsreligion
Dschibuti	99	
Eritrea	55	
Gambia	90	
Guinea	90	
Indonesien	88	
Irak	95	Staatsreligion
Iran	98	Staatsreligion
Jemen	95	Staatsreligion
Jordanien	93	Staatsreligion
Katar	>77	Staatsreligion
Kirgisistan	65 (?)	
Komoren	99	Staatsreligion
Kosovo	>60	
Kuweit	85	
Libanon	65 (?)	
Libyen	97	Staatsreligion
Malaysia	60	
Malediven	100	Staatsreligion
Mali	90	
Marokko	99	Staatsreligion
Mauretanien	99	Staatsreligion
Niger	94	

Nord-Zypern ³⁷	99	
Oman	97	Staatsreligion
Pakistan	96	Staatsreligion
Palästinensergebiete	85	
Saudi-Arabien	99	Staatsreligion
Senegal	94	
Sierra Leone	70	
Somalia	100	Staatsreligion
Sudan	70	Staatsreligion
Syrien	84	
Tadschikistan	90	
Tschad	>55	
Tunesien	98	Staatsreligion
Türkei	99	
Turkmenistan	90	
Usbekistan	90	
Vereinigte Arabische Emirate	96	Staatsreligion

Tabelle 2: Staaten mit starken muslimischen Minderheiten (über zehn Prozent)

Staat	Prozentsatz Muslime
Äthiopien	45-50
Bosnien-Herzegowina	44
Bulgarien	12
Ghana	30
Indien	13
Israel	15
Kamerun	20
Kasachstan	47
Kenia	20
Mauritius	17
Mazedonien	17
Montenegro	12
Mosambik	18
Nigeria	50
Russische Föderation	14
Tansania	35
Uganda	12
Zentralafrikanische Republik	15

³⁷ International nicht anerkannt.

Literatur

Gedruckte Werke

Ataman, Muhittin, Saudi-Arabien, in: Gieler, Wolfgang (Hg.), Außenpolitik in Konfliktregionen: Der Nahe und Mittlere Osten, Berlin 2006, S. 141-149.

Breuer, Rita, Familienleben im Islam – Traditionen, Konflikte, Vorurteile, überarbeitete Neuauflage Freiburg/Basel/Wien 2008.

Dies., Wie du mir so ich dir? Die Freiheit des Glaubens zwischen Christentum und Islam, in: Spuler-Stegemann, Ursula, (Hg.), Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573), S. 35-53.

Byman, Daniel, Fighting terrorism with democracy?, in: Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), Radical Islam an International Security. Challenges and Responses, London/New York 2008, S. 189-203.

Courbage, Youssef und Emmanuel Todd, Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern, München 2008.

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hg.), DSW-Datenreport. Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung 2007.

Ende, Werner, Gerechtigkeit als politisches Prinzip im Islam, in: Krawietz, Birgit und Helmut Reifeld (Hg.), Islam und Rechtsstaat – Zwischen Scharia und Säkularisierung, St. Augustin/Berlin 2008, S. 19-35.

Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), Radical Islam an International Security. Challenges and Responses, London/New York 2008.

Gieler, Wolfgang (Hg.), Außenpolitik in Konfliktregionen: Der Nahe und Mittlere Osten, Berlin 2006.

Hillebrand, Ernst, Zu viele oder zu wenige? Demographische Entwicklung und internationale Migration, Berlin 2007 (Schriftenreihe „Kompass 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung).

Kerzel, Michael und Oliver Thränert, Von der friedlichen Nutzung der Kernenergie zum Bau der Atombombe? Die Gründe für das „nukleare Erwachen“ im Nahen Osten und die damit verbundenen Gefahren, Diskussionspapier der SWP, Berlin 2009.

Knortz, Heike, Diplomatische Tauschgeschäfte. Gastarbeiter in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973, Köln 2008.

Krawietz, Birgit, Gerechtigkeit als Leitidee im islamischen Recht, in: Krawietz, Birgit und Helmut Reifeld (Hg.), Islam und Rechtsstaat – Zwischen Scharia und Säkularisierung, St. Augustin/Berlin 2008, S. 37-52.

Krawietz, Birgit und Helmut Reifeld (Hg.), Islam und Rechtsstaat – Zwischen Scharia und Säkularisierung, St. Augustin/Berlin 2008.

Lüders, Michael, Allahs langer Schatten. Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen, Freiburg 2007.

Schneckener, Ulrich, Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: APuZ 28-29/2005, S. 26-31.

Singer, Max, The potential dangers of a „real“ jihad, in: Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), Radical Islam an International Security. Challenges and Responses, London/New York 2008, S. 171-179.

Spuler-Stegemann, Ursula, ...denn sie wissen, was sie tun. Zum Verhältnis der Muslime in Deutschland zu den christlichen Kirchen, in: dies. (Hg.), Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573), S. 173-183.

Spuler-Stegemann, Ursula, (Hg.), Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573).

Tibi, Bassam, Die islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts, Darmstadt 2007.

Internet

<http://www.nzz.ch/2006/02/26/il/articleDM3ZP.html> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

http://www.bmu.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/ipcc/doc/39274.php (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

<http://www.islamarchiv.de/> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

<http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

<http://www.soziales.fh-dortmund.de/Berger/Forschung/islam/Kairoer%20Erkl%C3%A4rung%20der%20OIC.pdf> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

http://www.zeit.de/2001/47/200147_wahabismus-kaste.xml?page=1 (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

http://www.zeit.de/2006/19/Fragen_Wer (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021763> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

http://www.bpb.de/themen/G1RPNN,0,0,Was_ist_Islam.html (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-10-18-nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

<http://www.blume-religionswissenschaft.de/pdf/WirdDeutschlandislamischBadBollBlume2007.pdf> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

<http://www.faz.net/s/RubF359F74E867B46C1A180E8E1E1197DEE/Doc~E1AA3F13334DF48468316AD2A6AE87BF9~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)

<http://www.zuwanderung.de/> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)